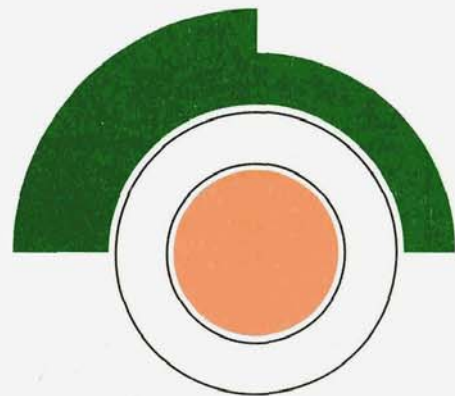


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 17



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 4. 11. 1997

## WORT UND WIDERWORT

### Wie autonom darf Schule in NRW sein?

Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung gegenüber neuen Anforderungen setzen auch in den Schulen Problemlösungsfähigkeit, Lernbereitschaft und Identifikation voraus, die nur aus der konsensorientierten Beteiligung aller Partner des Schullebens gewonnen werden könnten. Wesentliche Impulse für die Weiterentwicklung des Bildungswesens kämen bereits jetzt aus der Schule selbst. Dieses Engagement müsse man ermuntern und fördern. Das stellt der SPD-Abgeordnete **Manfred Degen** fest. Der CDU-Abgeordnete **Dr. Hans Horn** erklärt, Autonomie oder Entscheidungsfreiheit und Verantwortungsübernahme sollte die einzelne Schule, besonders hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur Ausformung eines eigenen pädagogischen Profils, haben. Dennoch dürfe Autonomie im Zusammenhang mit Schule nicht mißverstanden werden. Schule könne nämlich nicht selbst Gesetz sein. Schule brauche eine staatliche Aufsicht. Die GRÜNE-Abgeordnete **Brigitte Schumann** bezeichnet es als wichtig, daß die Selbständigkeit als Entwicklungsprozeß in den Schulen, in Anknüpfung an die jeweilige Ausgangssituation begriffen werde. Um so wichtiger sei es aber auch, daß die bisherigen Aufsichtsstrukturen auf das absolut notwendige Maß zurückgefahren und, getrennt von Dienst- und Rechtsaufsicht, dezentrale Beratungs- und Fortbildungsstrukturen aufgebaut würden. (Seite 2)

## Tierschutz mit Verfassungsrang ins Grundgesetz

### Mitgeschöpfe vor Qualen bewahren

Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland, den Tierschutz in Europa zu stärken, setzten voraus, daß der Tierschutz im Grundgesetz Verfassungsrang habe.

Diese Feststellung traf die SPD-Abgeordnete Hildegard Nießen bei der Debatte über den Koalitionsantrag „Tierschutz ins Grundgesetz, der in direkter Abstimmung mehrheitlich angenommen wurde. Frau Nießen betonte, Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz dürfe die Nutzung von Tieren nicht ausschließen, helfe aber bei der Einschränkung der rücksichtslosen Durchsetzung wirtschaftlicher Ziele zum Nachteil des Tierschutzes.

Die GRÜNE-Abgeordnete Silke Mackenthun bekräftigte, Tierversuche, die gesellschaftlich belanglos seien, aber eine unsägliche Pein für das einzelne Tier bedeuteten, gehörten geächtet und untersagt. Für die CDU-Opposition erklärte Marie-Luise Fasse das postulierte Ziel für unstrittig: Der Tierschutz müsse noch größere Bedeutung erhalten. Sie sah jedoch keinen Anlaß, eine neue Staatszielbestimmung zu definieren. Der Tierschutz sei bereits im neuen Staatsziel Umweltschutz enthalten.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE)

sagte, die Abwägung zwischen Tierschutz und Nutzung der Tiere gehe zur Zeit fast immer zugunsten der Nutzung der Tiere aus. Hier müsse eine Änderung der Absichten, aber auch der Rechtsprechung erwirkt werden.

## Die Woche im Landtag

### Friedensprozeß

Ihre gemeinsame Sorge um den stockenden Friedensprozeß haben Landtagspräsident Schmidt und Palästinenserpräsident Arafat zum Ausdruck gebracht. (Seite 3)

### Sportereignisse

Die Live-Übertragung großer Sportereignisse ohne Zusatzgebühren soll durch einen Staatsvertrag der Länder gesichert werden. (Seite 8)

### Genehmigungen

Umweltfreundliche Genehmigungen werden in NRW schnell erteilt, wie Industrievertreter in einer Anhörung erklärten. (Seite 9)

### Gesundheitsdienst

Das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst lehnten die angehörten Sachverständigen in der vorliegenden Fassung ab. (Seite 10)

### Erziehung

Fortschritte bei der integrativen Erziehung im Kindergarten sind im Land Nordrhein-Westfalen deutlich geworden. (Seite 15)

### Halbzeitbilanz

Die drei im Landtag vertretenen Fraktionen haben zur Halbzeit der Legislaturperiode politische Bilanz gezogen. (Seite 17)



Kucken wir künftig in die Röhre?

Zeichnung: Paulmichl (Westdeutsche Zeitung)

## WORT UND WIDERWORT

# Selbständige Schulen in staatlicher Verantwortung

Von  
Manfred Degen

Die Frage nach größerer Gestaltungsfreiheit, Eigenverantwortung und stärkerer Selbständigkeit der Schule ist ein wichtiger Teil der Frage nach der Qualität der Einzelschule und des Schulsystems. Der dynamische gesellschaftliche, technologische und wirtschaftliche Wandel erfordert auch eine Erneuerung und Ergänzung staatlicher Steuerung. Eine Schule wird in dem Maße besser, wie es ihr gelingt, sich als lernende und verändernde Institution auf neue Anforderungen einzustellen und sich im Rahmen staatlicher Gesamtverantwortung qualitativ weiterzuentwickeln. Gestaltungsfreiheit einerseits erfordert Qualitätskontrolle und staatliche Gesamtverantwortung andererseits. Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung gegenüber neuen Anforderungen setzen auch in unseren Schulen Problemlösungsfähigkeit, Lernbereitschaft und Identifikation voraus, die nur aus der konsensorientierten Beteiligung aller Partner des Schullebens gewonnen werden können. Wesentliche Impulse für die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens

### **SPD: Auf die Schule kommt es an!**

kommen bereits jetzt aus der Schule selbst. Dieses Engagement müssen wir ermuntern und fördern.

Die gemeinsame Entwicklung eines Schulprogramms soll dazu beitragen, daß sich Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler über die Bildungs- und Erziehungsziele verständigen. Aus der größeren Gestaltungsfreiheit erwächst auch Verantwortung dafür, Rechenschaft darüber abzulegen, ob und in welchem Umfang die Ziele erreicht werden.

Zugleich brauchen selbständige Schulen verlässliche Rahmenbedingungen. Größere Selbständigkeit der einzelnen Schule und eigenverantwortliche Entscheidung vor Ort einerseits und andererseits die weiterhin bestehende Gesamtverantwortung des Staates für die Qualität schulischer Arbeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Das Verfassungsgebot einheitlicher Lebensverhältnisse, das Sozialstaatsgebot und der Grundsatz der Chancengleichheit lassen den Verzicht auf staatliche Verantwortung nicht zu. Staatliche Rahmenvorgaben, z. B. Richtlinien und Lehrpläne, sind erforderlich, um gleiche Lebensbedingungen und damit Chancengleichheit zu sichern.

Wer jedoch allein auf zentrale Regulierung und staatliche Ordnungsverwaltung setzt, hilft unserer Gesellschaft und unseren Schulen nicht. Er stellt sich vielmehr einer kinder- und jugendgerechten Schule, in der für die Anforderungen der Zukunft gelernt und gelebt wird, in den Weg.

Von  
Dr. Hans Horn

Schule darf oder besser: sollte so autonom sein, daß sie einen optimalen Unterricht anbieten kann. Dazu gehört eine weitgehende Freiheit in schulorganisatorischen Fragen, in die Schulaufsicht und Schulträger nur im Bedarfsfall „hineinpfeifen“ sollten. Das Maß an Regeln sollte so ausgewogen sein, daß es den Schulunterricht zwar organisiert, aber keineswegs, wie so häufig, überfrachtet. Autonomie bzw. Entscheidungsfreiheit und Verantwortungsübernahme sollte die einzelne Schule besonders hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur Ausformung eines eigenen pädagogischen Profils haben. Neben einer begrüßenswerten Öffnung des inneren Schullebens ist auch in Fragen des Lehrpersonals die sogenannte „schulstarke“ Ausschreibung von mindestens 25 Prozent sinnvoll. Dennoch darf Autonomie im Zusam-

### **CDU: Unterricht organisieren und nicht überfrachten**

menhang mit Schule nicht mißverstanden werden. Schule kann sich nämlich nicht selbst Gesetz sein. Da wir eine staatliche Garantie für Schule geben, braucht Schule eine staatliche Aufsicht. Diese sollte in erster Linie Beratung für Eltern, Lehrer und Schüler sein und gleichzeitig ihrer staatlichen Aufsichtspflicht nachkommen. Denn schließlich müssen die Rahmenbedingungen für einen optimalen Schulunterricht bis hin zur Frage der Bereitstellung des ausreichenden Lehrpersonals garantiert sein.

Vergleichbarkeit von Leistungen bzw. Qualität von Schule ist ja in letzter Zeit — nicht nur ausgelöst von der TIMSS-Studie — wieder verstärkt ins Gerede gekommen. Zuletzt hat sich die Kultusministerkonferenz mit diesem Thema befaßt und erfreulicherweise die CDU-Forderung nach länderübergreifenden Qualitätskontrollen aufgegriffen. Vereinbarungen wie diese zeigen die Grenze jeder Schulautonomie und erteilen Autonomiekonzepten wie dem der Denkschrift, die zu einer Atomisierung der nordrhein-westfälischen Schullandschaft führen würden, eine klare Absage.

Von  
Brigitte Schumann

Die Denkschrift stellt richtig fest, daß innerhalb der Verwaltungshierarchie „die einzelnen öffentlichen Schulen rechtlich und tatsächlich weitgehend unselbständig sind“.

Bei dieser Ausgangslage erscheint es nicht verwunderlich, daß die Forderung nach erweiterten Gestaltungs- und Handlungsräumen, die für pädagogische Qualitätsentwicklung unverzichtbar sind, manchem unselbständig gehaltenen angst macht und von manchem, der Macht abgeben soll, nicht gewünscht ist. Deshalb werden häufig lieber die Grenzen und Risiken statt die neuen Chancen und Möglichkeiten der Selbständigkeit diskutiert.

Um so wichtiger ist es, daß die Selbständigkeit als Entwicklungsprozeß in den Schulen, in Anknüpfung an die jeweilige Ausgangssituation, begriffen wird. Um so wichtiger aber auch, daß die bisherigen Aufsichtsstrukturen auf das absolut notwendige Maß zurückgefahren und, getrennt von Dienst- und Rechts-

### **GRÜNE: Rechte und Pflichten aus Kompetenzzuwachs**

aufsicht, dezentrale Beratungs- und Fortbildungsstrukturen aufgebaut werden.

Kompetenzen der Schulaufsicht und der Schulverwaltung über die pädagogische, curriculare, organisatorische, personelle und finanzielle Ausgestaltung der Schule sollen weitgehend in die Eigenverantwortung der Schulen gelegt werden. Dabei werden sie beraten und unterstützt durch einen selbständigen Pädagogischen Dienst und durch kollegiumsinterne Fortbildung. Der Pädagogische Dienst sichert auch die Einhaltung verpflichtender Mindeststandards. Die Rechte und Pflichten aus Kompetenzzuwachs sollen demokratisch in der Schulkonferenz zwischen allen beteiligten Personengruppen geteilt werden. Die Schulleitung soll kollegial, auf Zeit gewählt und Impulsgeber für kooperative Team- und Entwicklungsarbeit innerhalb des Kollegiums sein. Sie kooperiert mit Eltern und außerschulischen Akteuren. Die Schulmitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler müssen ausgebaut werden.

Ein für alle Schulen geltendes Evaluationsverfahren zur Qualitätssicherung soll nicht nur sicherstellen, daß vergleichbare Grundqualifikationen vermittelt werden. Es hat das individuelle Schulprogramm und Schulprofil ebenso zu berücksichtigen wie die Individualisierung der Lernprozesse. Einseitig normierende und formalisierende Verfahren der Leistungsmessung und Leistungsbewertung werden diesem Ziel nicht gerecht.

## Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfängt Palästinenserpräsident Arafat

# Gegner des Friedensprozesses gibt es auf beiden Seiten

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, hat am Samstag, 25. Oktober, den Präsidenten des Exekutivkomitees der PLO und der PNA, Yasser Arafat im Landtag empfangen. Schmidt gab seiner Freude Ausdruck, daß es gelungen sei, im Rahmen von Arafats Deutschlandbesuch mit Mitgliedern aller im Landtag vertretenen Fraktionen zusammenzutreffen. Der Landtagspräsident erinnerte daran, daß er sowie sein Stellvertreter, Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose, erst vor wenigen Monaten mit Arafat in Ramalla zusammengetroffen seien.

„Ihnen ist im Mai sicher nicht verborgen geblieben, daß uns der Besuch der palästinensischen Gebiete tief beeindruckt und sehr nachdenklich gemacht hat. Unsere Sorge um den ins Stocken geratenen Friedensprozess hat sich seitdem weiter erhöht. Angesichts der Zerbrechlichkeit aller ehrlicher Bemühungen besteht die Gefahr, daß jeder Stillstand zugleich auch ein Rückschritt ist“, stellte Schmidt fest. Er fuhr fort, Gegner des Friedensprozesses gebe es auf beiden Seiten. Jede Form von Terror aber vergrößere die Gefahr zunehmender Gewalt und kriegerischer Auseinandersetzungen. Da sei es eine Hoffnung, daß es auf beiden Seiten viele Menschen gebe, die sich um den Friedensprozeß große und ernsthafte Sorgen machten.

## Täler und Höhen

„Ihre Bemühungen für eine friedliche Lösung haben mit der Verleihung des Friedensnobelpreises eine Anerkennung in der ganzen Welt gefunden. Aber auch auf israelischer Seite muß dem Friedensprozeß zum Durchbruch verholfen werden“, sagte der Landtagspräsident. So habe bei der Eröffnung des Shimon-Peres-Friedenszentrums vor wenigen Tagen der israelische Staatspräsident Ezer Weizmann festgestellt, er zitierte: „Wir müßten völlig irre sein, wenn wir den Friedensprozeß platzen ließen.“ Schmidt folgerte: „Wir wünschen und hoffen mit Ihnen, daß solche Stimmen lauter und lauter und schließlich die Stimmen der Gegner übertönen werden.“ Der Friedensprozeß habe viele Täler durchschritten und manche Höhen erlebt. Ulrich Schmidt verwies auf den Bibeltext in Pre-



Bei der Abschlusserklärung: Palästinenserpräsident Arafat und Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Dahinter in der Mitte die CDU-Abgeordnete Otti Hüls sowie rechts die GRÜNE-Fraktionssprecherin Gisela Nacken.

Fotos: Schälte

diger 3,1: „Es hat eben alles seine Zeit: Abbrechen hat seine Zeit und Bauen hat seine Zeit; Weinen hat seine Zeit und Lachen hat seine Zeit; Schweigen hat seine Zeit und Reden hat seine Zeit, Hassen hat seine Zeit und Lieben hat seine Zeit; Streit hat seine Zeit und Friede hat seine Zeit.“ Der Präsident zog daraus den Schluß: „Ich denke, daß Sie und mit Ihnen viele Menschen in Ihrem Land den Sinn dieser Worte nachempfinden können. Wir alle hoffen, daß die Zeit des Redens, des Lachens, die Zeit des Friedens bald anbricht. Denn es wird höchste Zeit für den Frieden im Nahen Osten, der wichtig ist für den Frieden der ganzen Welt. Auch wir in Deutschland stellen uns immer wieder die Frage, welchen Beitrag wir zur Fortsetzung des Friedensprozesses leisten können. In Ihren Gesprächen mit dem Bundeskanzler wurden die Linienführungen bestimmt. Gerade die von der Bundesregierung betriebene sogenannte ausbalancierende Nahost-Politik verpflichtet uns gerade dazu, Maßnahmen, die wir für falsch halten, zu benennen, zu kritisieren und abzulehnen.“

Kritisch merkte der Landtagspräsident an: „Sicher sind wir Deutsche nicht dazu berufen, Ratschläge zu geben.“ Aber man könne durch Gespräche, Begegnungen und Bereitschaft zur Mitwirkung dazu beitragen, „unsere Erfahrungen“ einzubringen und neues Vertrauen zu schaffen. „Zu gegenseitigem Vertrauen von Partnern gehört meines Erachtens natürlich auch die Bereitschaft, daß alle Beteiligten auch alle abgeschlossenen Verträge einhalten und akzeptieren. Nur so kann der beschwerliche Weg eines Friedens auf eine stabile Basis gestellt werden.“

Schmidt sagte weiter, ein wichtiger Beitrag für eine friedliche Unterstützung sei auch die Förderung humanitärer Projekte. Auf diesem Weg bemühe sich Nordrhein-Westfalen bereits seit einigen Jahren um die Förderung einer Verständigung zwischen dem israelischen und dem palästinensischen

Volk. Aber auch den wirtschaftlichen und administrativen Aufbau in Palästina unterstütze man nach Kräften. Beispiele dafür seien die Unterstützung der Berufsschule in Nablus und die Hilfe bei der Neuorganisation des Berufsbildungssystems, aber auch die Unterstützung im Gesundheitswesen, im Bereich von Kindergärten und Schulen und auf dem kulturellen Sektor. Auch der Landtag von Nordrhein-Westfalen denke zur Zeit darüber nach, mit welchem konkreten sozialen Projekt das Parlament unmittelbar z. B. die Situation in einem Flüchtlingslager verbessern helfen könne. In wenigen Tagen solle in Bethlehem ein weiteres interessantes Entwicklungsprojekt unter der Überschrift „Bethlehem 2000“ vorgestellt werden, das die Unterstützung der Partnerstadt Köln, aber auch der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, genieße.

Ulrich Schmidt machte ferner darauf aufmerksam, die wichtige Vertiefung der Freundschaft könne durch den Abschluß von Städtepartnerschaften erreicht werden. Die Bereitschaft sei in den palästinensischen und nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden vorhanden. „Versuchen wir gemeinsam, aus Interessen Initiativen für vielfältige Begegnungen und Hilfen zu machen.“

Abschließend erinnerte er daran, die Mitglieder des Landtages hätten vor wenigen Wochen einen weiteren Schritt zu besserer Verständigung getan. Es sei eine deutsch/palästinensische Parlamentariergruppe unter dem Vorsitz von Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber gegründet worden. Präsident Arafat gab im Düsseldorfer Landtag seiner ersten Sorge um den Friedensprozeß Ausdruck. „Ich verspreche, trotz aller Schwierigkeiten auf dem Weg des Friedens weiterzugehen.“ Zum Friedensprozeß gebe es keine Alternative. Er sei zudem „den Gedanken verpflichtet, für die Rabin mit seinem Leben bezahlt hat“. Der frühere israelische Regierungschef Rabin war bei einem Anschlag getötet worden.



Abschied vor dem Landtag.

## „Bonn bremst bei Politik für mehr Beschäftigung“

Die Bundesregierung soll den Sondergipfel „Beschäftigung“, zu dem am 21. November in Luxemburg die Staats- und Regierungschefs der EU zusammenkommen, zum Erfolg führen, sonst drohe die wirtschaftliche Belebung am Arbeitsmarkt vorbeizugehen. Dies war Thema einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde des Landtags am 30. Oktober.

**Gabriele Sikora** (SPD) meinte, angesichts von 18 Millionen Arbeitslosen in der EU drohe die Vision von einem wirtschaftlich kraftvollen, sozial stabilen und rücksichtsvoll mit Mensch und Natur umgehenden Europa in weite Ferne zu rücken. Die Bundesregierung solle ihre falsche Politik angesichts eines auch in diesem Jahr zu erwartenden Verlusts von zwei Prozent der Arbeitsplätze ändern. Wer den Euro wolle, komme nicht um eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik und um eine koordinierte Strategie für mehr Beschäftigung herum. In Europa seien konkrete, nachprüfbare Konvergenzziele zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu vereinbaren; die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten sei in ihrer beschäftigungspolitischen Ausrichtung zu verstärken. Die Situation junger Frauen sei zu verbessern, Sofortprogramme zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit seien zuzusagen.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) fragte, was in NRW zur Schaffung neuer Arbeitsplätze getan werden müsse. Die SPD habe sich mit ihrer Verweigerung gegen Steuerreform und Entlastung der Rentenversicherung gegen arbeitslose Menschen und neue Arbeitsplätze gestellt, betonte er und fügte noch an, das von Lafontaine propagierte Ende der Bescheidenheit in der Lohnpolitik werde ebenfalls neue Arbeitsplätze verhindern und bestehende vernichten. Was die Aufforderung an die Bundesregierung angehe, „können Sie sich in diesem Anliegen auf Helmut Kohl und die Bundesregierung verlassen“.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) erinnerte daran, daß der Beschäftigungsgipfel gegen den Widerstand der Bundesregierung zustande gekommen sei, die in dieser Frage nicht viel aufzuweisen habe. Die GRÜNEN setzten auf eine ökologische Steuerreform, um eine Senkung der Lohnnebenkosten finanzieren zu können, sie wollten einen Abbau der Überstunden und die Absicherung der Teilzeitarbeit und – im Gegensatz zu Bonn – eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung weiterführen. Ferner werde man dafür sorgen, daß die viele gesellschaftlich sinnvolle Arbeit vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt verschoben werde.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) war gespannt darauf, was die Bundesregierung zu dem Vorschlag sagen werde, daß sich der Gipfel verpflichte, in den nächsten fünf Jahren zwölf Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Er empfahl der Bundesregierung, zumindest eine Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit anzustreben, andere Länder führten vor, wie das gehe. Der Minister stellte die Forderung auf, die Ziele des Beschäftigungsgipfels mit der



Die CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Petitionsausschusses, Barbara Wischermann, ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In seiner Laudatio bescheinigte der Präsident Frau Wischermann Eigenschaften, die man den Menschen im Ruhrgebiet allgemein nachsage: Konfliktfähigkeit, die besondere Gabe, offen auf andere Menschen zugehen zu können, vor Problemen die Augen nicht zu verschließen, sondern konsequent und zielstrebig an deren Lösung zu arbeiten. „Was Bärbel Wischermann macht, macht sie immer mit ganzem Herzen und vollem Einsatz“, stellte Ulrich Schmidt fest. Er erwähnte, daß die Bottroper Politikerin 1990 ein Mandat übernommen habe. Mit vollem Einsatz habe sie sich seitdem in nicht weniger als sechs verschiedenen Ausschüssen des Landtags profiliert. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liege heute im Petitionsausschuß. Jährlich gingen in dem „Kummerkasten“ der Bürgerinnen und Bürger mehr als 5 000 Petitionen ein. 1974 sei sie in die CDU eingetreten, seit 1984 sei sie Geschäftsführerin des Rhein-Ruhr-Clubs. In einem Zeitraum von 20 Jahren habe sie sich auf verschiedenen parlamentarischen Ebenen für das Wohl der Allgemeinheit eingesetzt. Das Bild zeigt die Ordensträgerin (M.) mit ihrem Ehemann Hermann Josef (2. v. l.), ihrem Sohn Dominik (3. v. r.) sowie den Töchtern Clarissa (2. v. r.) und Isabel (r.). Ganz links Landtagspräsident Ulrich Schmidt.

Foto: Schälte

gleichen Verbindlichkeit auszustatten, wie die Kriterien für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Wer auf NRW blicke, müsse den schwierigen Umstrukturierungsprozeß im Auge haben und daran denken, daß die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftspolitik nun eben in Bonn festgelegt werden.

**Laurenz Meyer** (CDU) hielt nichts davon, daß die SPD in der Lage des Landes „das Licht ständig auf Europa und die Bundesregierung“ lenke: „Wir haben wirklich genug Handlungsbedarf im Land.“ Aber hier werde der Haushalt des Wirtschaftsministers zum „Steinbruch“ gemacht und wichtige Bereiche wie Mittelstandsförderung, Meistergründungsprämie, Ausbildungsplätze, Risikokapital gekürzt.

**Loke Mernizka** (SPD) plädierte im Interesse des Landes auf das Schlechttreden des Erreichten zu verzichten und zumindest punktuell zum Nutzen von NRW zusammenzuarbeiten. Das setze allerdings voraus, daß die CDU des Landes nicht länger so ängstlich vor dem Kanzler zu Kreuze krieche, sondern offen sage, wer in Bonn in den letzten Jahren seine Schulaufgaben nicht gemacht habe.

**Europaminister Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) sagte, die nationalen Regierungen müßten in Luxemburg „nachsitzen“, weil beim Amsterdamer Gipfel in dieser Frage zu wenig erreicht worden sei. Es müsse eine gemeinsame europäische Beschäftigungspolitik mit festen Konvergenzkriterien geben. Aber Bonn sträube sich, anstatt sie zu unterstützen.

**Brigitte Herrmann** (GRÜNE) erklärte, aus grüner Sicht müsse zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit die Arbeit vorrangig umverteilt werden. Es sei eine ökologische Steuerreform zur Schaffung neuer Arbeitsplätze überfällig, öffentliche Subventionen

seien an die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu knüpfen. Nicht der Markt sei das Ziel, „sondern ein solidarisches, soziales und ökologisches Europa“.

**Horst Vöge** (SPD) forderte nachdrücklich eine Umorientierung in der Bonner Arbeitsmarktpolitik. Raus aus dem Arbeitsmarkt, rein in die Sozialhilfe – diese langfristige Strategie müsse ein Ende haben. Dafür müsse man sachlich etwa darüber reden, mit welchen Instrumenten Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wieder zu einer sinnvollen Arbeit in den Arbeitsmarkt zu führen sind.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) hielt der SPD vor, sie habe in der Wirtschaftspolitik „Sozialhilfedanken“, indem sie eine Politik mache, die für hohe Subventionen aus Brüssel Sorge. Gerade das sei aber bei einer europäischen Finanzierung der Beschäftigungspolitik für Deutschland verhängnisvoll: Um eine Mark aus Brüssel zu bekommen, müßte man vier Mark einzahlen. Damit würde Beschäftigungspolitik in Deutschland unbezahlbar.

**Loke Mernizka** (SPD) hielt nichts davon, auf der einen Seite Arbeitsmarktprogramm global zu streichen und auf der anderen die Offensive mit Zwangsmaßnahmen bei kommunaler Arbeit zu machen. Die Angebote müßten schon inhaltlich sinnvoll sein und „nicht der letzte Dreck“.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) sah die Bundesregierung vor der Frage stehen, ob sie sich auf dem Gipfel zu einer anderen Politik entschließt, etwa quantifizierbare Konvergenzkriterien bei der Beschäftigung zu formulieren. Ein solches Ziel wäre, etwa die Jugendarbeitslosigkeit in fünf Jahren innerhalb der EU zu halbieren. Dazu sei Bonn aber nicht in der Lage.

## SPD wirft CDU in Sachen Rechtschreibreform Populismus vor

Die derzeit angestrebte Rechtschreibreform müsse ausgesetzt und durch einen vernünftigen Reformentwurf ersetzt werden, der dann in Form eines Staatsvertrags Rechts- und Handlungssicherheit schaffe – dies verlangte ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 12/2489 neu), über den der Landtag am 29. Oktober beraten hat. Der CDU-Antrag wurde in direkter Abstimmung abgelehnt; angenommen hat das Plenum dagegen den Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 12/2508), in dem kein Stopp der Rechtschreibreform, sondern eine zügige Umsetzung der Neuregelung gefordert wurde.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, hielt dem Landesparlament vor, es habe sich zu spät mit den Inhalten der Reform auseinandergesetzt und „zu lange das Treiben von selbsternannten Rechtschreibexperten hinter verschlossenen Türen zugelassen“. Die CDU stelle ihren Antrag für einen vernünftigen Reformentwurf zu einer Zeit, in der die von den Kultusministern beschlossene Rechtschreibreform endgültig zu scheitern drohe. Dagegen sei die Schulministerin des Landes der Meinung, „wir halten an der Diktatur des Unsinn um jeden Preis fest“. Die CDU nehme die Bedenken zahlreicher Schriftsteller ernst und nehme zur Kenntnis, daß elf Lehrerinitiativen aus sieben Bundesländern inzwischen die Rücknahme der Reform forderten und 26 Bürgerinitiativen bundesweit schon eine halbe Million Unterschriften gegen die Reform gesammelt hätten. Auch im deutschsprachigen Ausland mehrten sich die Zweifel. Da sei es ihm völlig unverständlich, daß acht Bundesländer, darunter NRW, ab August kommenden Jahres die neuen Regeln dem Unterricht zugrunde legten. Das geschehe völlig unnötigerweise auf dem Rücken der Kinder, kritisierte Linssen und stellte fest: „Unsere Kinder werden ein weiteres Mal zu Versuchskaninchen unausgereifter Bildungsexperimente.“ Inzwischen sei es so, daß der Schulausschuß des Landtags sich mit der Sache nicht befassen dürfe, die einzelnen Schulen im Lande aber berechtigt seien, über die Schulkonferenz zu entscheiden, ob jeweils die neuen Regeln anzuwenden sind oder nicht. Auf diese Weise würden Benotungen anfechtbar; darum sei Rechtssicherheit zu schaffen. Gangbarer Weg aus der juristischen Sackgasse sei ein Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern, der von jedem Parlament zu ratifizieren sei. In NRW sei die Umsetzung der Reform an den Schulen zu stoppen, bis Klarheit herrsche.

Hans Frey (SPD) fand überhaupt nichts Schreckliches an der Reform, im Gegenteil: „Sie ist und bleibt sinnvoll, weil sie nachweislich viele unlogische Regeln beseitigt, unverständliche Ausnahmen abschafft, veraltete Schreibweisen modernisiert und damit insgesamt die Orthographie vereinfacht und das Erlernen der Orthographie erleichtert.“ Die deutsche Sprache verliere nichts, im Gegenteil, trotz der Reform bleibe sie immer noch kompliziert genug. Da die Regeln erst im Jahr 2005 verbindlich würden, „braucht sich auch hier niemand abzuhetzen“. Frey nannte Beispiele für durchaus sinnvolle Neuerungen und räumte auch Kritisches



Gegensätze wurden zum Thema Rechtschreibreform offenbar (v.l.): Dr. Helmut Linssen (CDU), Hans Frey (SPD), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Schulministerin Gabriele Behler (SPD). Fotos: Schälte

ein: „Hier und da hätte man noch konsequenter verfahren sollen.“ Vorbehalte meldete er gegen die Einschaltung der Politik an, es könne doch nicht ernsthaft gemeint sein, sagte er in Richtung CDU, „daß der Landtag darüber entscheidet, ob vor dem erweiterten Infinitiv mit zu ein Komma gesetzt werden muß oder nicht“. Die von Gegnern favorisierten alten Schreibweisen seien auch nicht mit irgendeiner demokratischen Begleitung zustande gekommen: „Es waren schlichte Verwaltererlasse, es waren Satzungen der Duden-Redaktion und anderer Interessen“ – der Sprecher nannte hier die deutsche Druckindustrie der Jahrhundertwende, die aus ganz banalen Gründen eine Nichttrennung von st verlangt habe. So habe eine „fern jeder Wissenschaft liegende Regelung fast hundert Jahre lang Legionen von Schulkindern terrorisiert“. Aus reinem Populismus wolle die CDU nun einen fahrenden Zug stoppen, das werde die SPD nicht mitmachen, „wir werden den Prozeß einer vernünftigen Rechtschreibreform weiterhin positiv begleiten“.

Brigitte Schumann (GRÜNE) bezeichnete den Vorgang als „Stück aus dem Tollhaus“, bei dem mit Kanonen auf Spatzen geschossen werde. Ihre Fraktion mache nicht mit, wenn von der CDU der Kulturnotstand ausgerufen werde. Den Schaden aus dem Gezerre und Gezänk trügen eindeutig die Kinder, urteilte sie und fuhr fort, die angestrebte „Minireform“ erleichtere in der Grundschule tatsächlich das Erlernen der Schriftsprache. Aber die Reform zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Schriftsprache gehe nicht weit genug, denn sie führe immer noch nicht zur erstrebenswerten radikalen Kleinschreibung. Alles was der Erleichterung und der Vereinfachung diene und sinnvoll sei, müsse realisiert, die Ungereimtheiten müßten beseitigt werden. An den Oppositionsführer gewandt, sagte sie: „Herr Linssen, Sie haben vergessen, daß Millionen schon nach der Reform schreiben. Aber das sind Kinder.“ Auch hier komme die „relative Bedeutungslosigkeit von Kindern in der Gesellschaft“ zum Ausdruck, das scheinende Reformgegnern nicht wichtig zu sein. Das Geschäft der Sprachpflege sei in den letzten 50 Jahren

vom privaten Duden-Verlag betrieben worden – sie wolle von den Gegnern wissen, „weshalb sie diesen vordemokratischen Zustand besser finden als Neuregelungen von demokratisch legitimierten Politikern“. Die CDU springe als Trittbrettfahrer auf den Zug der populistischen Gegenkampagne gegen die Rechtschreibreform, das sei „absurdes Theater“. Es sei schlimm und verwerflich, „wenn mit Ängsten, Unwissenheit, Halbinformiertheit Politik gemacht wird“.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) meinte ironisch, die CDU habe sich ihren Antrag wohlweislich überlegt und stelle ihn im Oktober 1997, obwohl es seit zehn Jahren eine öffentliche Debatte über die Reform gegeben und obwohl sie im April vergangenen Jahres bereits den Landtag über die Neuregelung informiert habe. „Doch trotz dieser ungewöhnlich gründlichen Vorbereitung enthält der Antrag der Opposition immer noch Mängel und Irrtümer. Zum Beispiel kommen die Verdienste der Bundesregierung um die Neuregelung darin entschieden zu kurz“, beklagte sie und erntete dafür Heiterkeit und Beifall bei der SPD, wie das Protokoll vermerkt. Zudem referiere der Antrag die Rechtslage falsch; von fünf Obergerichten hätten vier die Klagen gegen die Neuregelung abgewiesen, stellte sie richtig. Es gebe auch keine Notwendigkeit, den Landtag gesetzgeberisch mit der Reform zu befassen, „auf die Idee, die Rechtschreibung durch Parlamentsbeschlüsse zu regeln, ist seit den Zeiten der Gebrüder Grimm noch niemand gekommen“. Was die befürchteten Unterschiede in der Benotung angehe, so würden bis zum Jahr 2005 beide Schreibweisen in den Korrekturen nicht als falsch bewertet, sondern lediglich markiert. Im Lande unterrichteten 90 Prozent der Grundschulen schon nach den neuen Regeln – „mit großem Erfolg, die Resonanz ist durchgängig positiv“. Sie sei sicher, daß sich die Neuregelung fernab aller Aufgeregtheiten so durchsetzen werde, wie sich die heute übliche lateinische Schrift ab 1941 gegen die Kunstschrift des Graphikers Sütterlin durchgesetzt hat. „Diese Zuversicht teile ich mit allen Mitgliedern der Kultusministerkonferenz; es gibt in dieser Frage keinen parteipolitischen Dissens.“



Für die antragstellende CDU-Fraktion sprach ihr Vorsitzender Dr. Helmut Linssen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, wies auf den Antragstitel hin, der aus dem Genehmigungserlaß entnommen sei. Daß die Koalition diesen nicht mehr bestätige, besage alles. Die Entscheidung könne nicht politisch motiviert werden. Die Gedanken des Wuppertal-Instituts seien zwei Jahre alt. Die CDU habe auf Rückholbarkeit besonderen Wert gelegt und ihr Wächteramt wahrgenommen. Rau habe eine politische Bewertung angekündigt. Er habe aber in diesem Verfahren nichts zu tun. Clement habe sich auf einmal zum Softie gewandelt. Antwerpes halte jetzt eine Verschiebung bis hinter die Bundestagswahl 1998 für möglich. Die Fundis bei den GRÜNEN und die Kumpels sollten über den Tisch gezogen werden. Matthiesen habe früher in Frechen klare Verhältnisse verlangt und ein abschreckendes Negativbeispiel für den Investitionsstandort Deutschland befürchtet. Rau solle seine Lebensplanung hinterstellen und Arbeitnehmer und Umsiedler nicht länger hinhalten. Clement solle bei seiner Meinung bleiben und erklären, warum er RWE/Hochtief wieder zum bevorzugten Bieter beim Flughafenanteil gemacht habe. Die Turbulenzen in der Koalition würden immer schlimmer.

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, bezeichnete Unterstellungen als unverschämt, Rau, Clement und Müntefering würden Arbeitnehmer-Interessen irgendwelchen Lebensplanungen opfern. Die von der SPD beantragte Ausschußüberweisung sei kein Signal für Zweifel. 57 wissenschaftliche Gutachten hätten in zehn Jahren ergeben, daß Garzweiler II ökonomisch sinnvoll und ökologisch vertretbar sei. Dazu gehöre insbesondere die energiewirtschaftliche Notwendigkeit. Selbst bei zehn Prozent weniger Heizwärme und vermindertem Verkehr werde laut Prognose der Stromverbrauch weiter ansteigen. Die Braunkohle trage mit über 26 Prozent etwa so viel bei wie Steinkohle und Kernenergie. Die Gedanken-skizze des Wuppertal-Instituts stehe im Widerspruch zu allen Prognosen. Auch die Klimapolitik sei kein Rettungsanker für die Gegner des Tagebaus. Garzweiler II werde mit 0,13 Prozent zur weltweiten CO<sub>2</sub>-Produktion beitragen. Die Überprüfung durch den Braunkohlenschauß sei nur bei so veränderten Grundannahmen angezeigt, daß das öffentliche Interesse an Umplanung höher zu gewichten sei als der Vertrauensschutz für die Bergbautreibenden. Die Überprüfung sei an die Aufstellung der nächsten Teilbraunkohlenpläne für die Um-

## Garzweiler II

### Energie-Bewertung an Umweltausschuß überwiesen

*Den CDU-Antrag „Garzweiler II ist energiepolitisch und energiewirtschaftlich nach wie vor notwendig!“ (Drs. 12/2488) überwies der Landtag nach der Aussprache an den Umweltausschuß (federführend) und den Wirtschaftsausschuß (mitberatend). Die von der CDU-Fraktion beantragte direkte Abstimmung war damit hinfällig.*

siedlung gebunden, das heiße Genehmigung etwa im Jahr 2008. Eine vorgezogene energiewirtschaftliche Überprüfung hätte verheerende Folgen für die Berechenbarkeit staatlichen Handelns.

**Gerd Mai** (GRÜNE) vermutete Uneinigkeit in der CDU-Fraktion über Linssens „Schautänze auf dem Rücken der betroffenen Menschen“. Die Prognose habe ihre Wachstumsannahmen 1995 deutlich nach unten korrigiert. Im Jahre 2005 bedeute die Differenz 27 Terrawattstunden, Garzweiler II bringe genau 24. Selbst bei reiner Trendfortschreibung sei es nicht zu rechtfertigen. Ab 1999 gebe es die Liberalisierung des EU-Strombinnenmarkts, einen dramatischen Umbruch in der Energieversorgung. Die RWE plane Stromerzeugung aus Gas zu verüffentlichen aus Wettbewerbsgründen. Es gehe bei Garzweiler um tiefe ökologische und soziale Eingriffe und eine mögliche Zementierung über 50 Jahre. Der Rahmenbetriebsplan vermittele dem Bergbaubetriebenden keinen Anspruch. Das wasserrechtliche Verfahren sei eigenständig, sagte Mai und zitierte einen Kommentar zum Wasserhaushaltsgesetz, Bedenken könnten die Versagung einer Erlaubnis rechtfertigen. Die Landesregierung habe den Erhalt des Naturparks Maas-Waal-Nette garantiert.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE), Umweltministerin, räumte ein, Garzweiler sei ein schwieriges Problem, das zu lösen sich die Koalition auf einen Weg verständigt habe. Linssens Vorwürfe würden immer unqualifizierter und



Gerd Mai (l.) und Umweltministerin Bärbel Höhn trugen die Standpunkte der GRÜNEN vor.



Vorsitzender Klaus Matthiesen erläuterte die Position der Regierungsfraktion SPD. Fotos: Schälte

unsachlicher. Als Genehmigungsbehörde sei sie verpflichtet, anderen Grundannahmen nachzugehen. Sie habe die Betroffenen für Ende November zu einem Fachgespräch eingeladen. Matthiesen irre in einem Punkt. Wenn Grundannahmen sich wesentlich veränderten, müsse der Braunkohlenplan überprüft und erforderlichenfalls geändert werden, zitierte sie aus dem Landesplanungsgesetz.

**Laurenz Meyer** (CDU) erklärte, an der ideologischen Grundüberzeugung des Wuppertal-Instituts habe sich seit vier Jahren nichts geändert. Die von Mai vorgetragene Zahlen beruhen schlicht auf der Tatsache, daß in NRW 20 Prozent des eigenen Stromverbrauchs aus Kernenergie außer Landes stamme. Diesen nehme Mai als Beleg, daß Garzweiler II nicht gebraucht werde. Mit soviel Schizophrenie wolle er Leute verdummdebeln. Rückholbarkeit sei nur gegeben, wenn sich Entscheidendes verändere, nicht bei Entstehen der rot-grünen Koalition. Der Landtag habe mit 90 Prozent Mehrheit dafür entschieden. Das solle jetzt mutwillig ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze einer Koalitionsvereinbarung untergeordnet werden. Die wasserrechtliche Genehmigung komme niemals ohne Prüfung im Rahmenbetriebsplan zustande. Energiepolitisch gebe es höchstens durch wachsende Importabhängigkeit der Steinkohle zusätzliche Gründe für die konkurrenzfähige, preisgünstige, heimische Braunkohle.

**Wolfgang Clement** (SPD), Wirtschaftsminister, verwahrte sich gegen Linssens Vorwurf, die Landesregierung versuche, Zugeständnisse von RWE bei Garzweiler II über die Veräußerung der Flughafenanteile abzukaufen. Das sei mieseste Ehrabschneiderei, ebenso der von ihm hergestellte Zusammenhang WestLB, Harpen, Reisebüro, Flughäfen, Startbahnverlängerung. Der „Wortbruch“ aus einer Zeitungsschlagzeile, daß es zwei Verfahren gebe, Rahmenbetriebsplan und Wasserrecht, sei nur die Rechtslage. Die wasserrechtliche Genehmigung sei völlig unabhängig. NRW sei gut beraten, die Braunkohle kostengünstig und konkurrenzfähig zu erhalten. Den Energiebedarf zu beurteilen, bedeute auch den Rückgang der Steinkohle, die Vermutung von weniger Atomstrom, Risiken beim Erdgas zu berücksichtigen. Es gebe keinerlei Anlaß für erneute Überprüfung. Alle, die mit dem Braunkohlenbergbau zu tun hätten, könnten sich auf die Landesregierung verlassen.

## Konsens beschworen in der Aktuellen Stunde zum Maßregelvollzug

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) erklärte, die Situation im Maßregelvollzug werde immer weniger verantwortbar und immer unerträglicher. Grund: Das „wirklich unglaublich dilettantische Verhalten“ des Ministers in dieser Krise. Weiter denn je sei der Minister von der Lösung der Probleme entfernt. Er habe bei der dringend notwendigen Entlastung von Eickelborn ungeschickt taktiert und mit seiner versuchten Umgehung der kommunalen Selbstverwaltung in Herten die Menschen erst recht gegen sich aufgebracht. Trotz des Mitte des Jahres angekündigten neuen Konzepts, forensische Abteilungen an bestehende psychiatrische Kliniken des Landschaftsverbandes anzugliedern, gebe es keine Fortschritte beim dringend erforderlichen größeren Schutz der Allgemeinheit im Maßregelvollzug. Im Gegenteil: der Notstand verschärfe sich, die gesicherten Bereiche seien überbelegt, die therapeutische Arbeit am Ende und die Sicherheitsprobleme wüchsen erheblich. Arentz fragte nach dem angekündigten Entwurf für das neue Maßregelvollzugsgesetz und warnte davor, durch Untätigkeit des Ministers den guten Willen der Abgeordneten zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium zu beantworten, „legen Sie dem Landtag die Wahrheit auf den Tisch“, forderte der Sprecher zum Schluß den Minister auf.

**Wolfram Kuschke** (SPD) sah keinen Anlaß für diese Aktuelle Stunde und wies auf die einstimmige und eindeutige Äußerung des Parlaments hin, die es über den zuständigen Ausschuß zum Maßregelvollzug artikuliert habe: „Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, hier erneut Nachfragen zu stellen“, betonte er und unterstrich die Absicht des Ministeriums, auf der Basis der gemeinsamen Entschließung vom 26. Juni zu handeln. Es sei auch Konsens gewesen, den Versuch, dezentrale Lösungen zu suchen, fortzusetzen. Diesen Konsens verlasse nun die CDU, wie solle da bei der Bevölkerung Zutrauen zum Maßregelvollzug und zu der Suche nach einem möglichen Standort entstehen? Kuschke: „Sie desavouieren diese Bemühungen und machen sie zunichte.“ Die Zusammenarbeit zwischen Ministerium, Landschaftsverbänden und den anderen Beteiligten habe sich in der Zwischenzeit erheblich verbessert, jetzt baue die CDU einen „politisch gemünzten Popanz“ auf, „um den Minister zu treffen und unsere konstruktive Arbeit zu zerstören“. Das diene nur der eigenen Profilierung und sei nicht zum Nutzen der Menschen im Lande.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) nannte die Voraussetzungen, die für ihre Fraktion gegeben sein müssen, damit das Thema Maßregelvollzug abgeschlossen werden könne: Es müßten neue Plätze in ausreichender Zahl und Qualität geschaffen werden, die ambulante Nachsorge sei zu verankern, die Prognosesicherheit zu Therapieformen, Lockerungen, Freilassungen und Rückfallgefahren müsse wachsen und die Integration nach Freilassung sei zu unterstützen. Dabei müsse der Maßregelvollzug möglichst gemeinsam von allen demokratischen Kräften getragen werden, verlangte sie. Die Sprecherin hielt es für eine „Katastrophe“, wenn die CDU das Thema für eine parteipolitisch motivierte taktische Stimmungsmache mißbrauche, die der für die anstehenden

*Untätigkeit hat die CDU-Landtagsfraktion Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) bei der Lösung des Problems der Unterbringung psychisch kranker Straftäter vorgeworfen. In einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde am 29. Oktober verlangte die Union, der Minister müsse endlich in der Standortfrage Farbe bekennen. Der Minister lehnte dies ab und weigerte sich, über die Vorschriften des neuen Baugesetzbuches gegen den Willen der betroffenen Gemeinden Einrichtungen durchzusetzen.*

Standortentscheidungen erforderlichen Sachlichkeit zuwiderlaufe. Das zeige, der CDU gehe es nicht um Fortschritte, ihr sei die Sache völlig gleichgültig.

**Sozialminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) bestritt, daß es eine krisenhafte Zunahme von Maßregelvollzugspatienten im Landesteil Westfalen-Lippe gebe. Er teile auch nicht die Auffassung, allein über eine Bestimmung des Baugesetzbuchs (Paragraph 37) lasse sich derzeit eine forensische Einrichtung zeitnah realisieren. In diesem Zusammenhang merkte der Minister an, daß die Voraussetzungen dieser Bestimmung in Herten nicht gegeben gewesen seien. Es bleibe für ihn „das wichtigste Ziel, so schnell wie möglich einen durchsetzbaren Weg zur Entlastung des westfälischen Zentrums in Lippestadt-Eickelborn zu finden“. Es gebe auch keinen Streit über zentrale oder dezentrale Konzepte, „ich möchte konkrete Schritte“. Er den Landschaftsverband Westfalen-Lippe unter Hinweis auf seine Zuständigkeit ge-

**Michael Scheffler** (SPD) riet, vor dem Beschreiten zeitaufwendiger Lösungswege über das Baugesetzbuch erst einmal vorhandene Kapazitäten für den Maßregelvollzug nutzbar zu machen: Es gebe 700 freie Plätze in den allgemeinen psychiatrischen Krankenhäusern. Er appellierte an den Landschaftsverband, diese Chancen wahrzunehmen.

**Rudolf Henke** (CDU) warnte, seit drei Jahren sei die Überbelegung bekannt, so lange schon bestehe Gewißheit, daß eine Entlastung vonnöten sei, die SPD aber führe theoretische Debatten und suche sich zu „immunisieren“, um sich der eigentlichen Auseinandersetzung zu entziehen.

**Gisela Ley** (SPD) sah die Sache auf einem guten und sicheren Weg, weil der Minister bei der anstehenden Gesetzesnovellierung die Rahmenbedingungen ändern und dem berechtigten Sicherheitswunsch der Bevölkerung entgegenkommen werde.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) erinnerte daran, daß die Forensik keine Art von Hochsicherheitsverahrung für Schwerstrafkriminalität sei, „sondern ein besonderer Teil der psychiatrischen Versorgungsstruktur im Gesundheitswesen“. Das rechtfertige und mache unverzichtbar, daß alles für die Therapie getan werde.

**Lothar Hegemann** (CDU) meinte, der Minister habe die Menschen im Ruhrgebiet „betrücker“: Er habe aus Herten nichts gelernt, sondern suche wieder nach der Methode à la Herten nach neuen Standorten im Raum Dorsten und Marl: „Sie sagen heute hü und morgen hott.“



*Aktuelle Stunde Maßregelvollzug — Gespräch über ein echtes Problem oder einen politischen Popanz: Darüber waren unterschiedlicher Meinung (v.l.): Hermann-Josef Arentz (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Marianne Hürten (GRÜNE) und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD).*  
Fotos: Schälte

beten, kurzfristig Standortkonzeptionen zu erarbeiten. Dennoch habe sich sein Haus, so der Minister, zu keiner Zeit der Verantwortung entzogen.

**Wilhelm Riebniger** (CDU) machte auf die Situation in Eickelborn aufmerksam. Er riet, einmal vor Ort mit Patienten, Mitarbeitern und den dort wohnenden Menschen zu sprechen, dann würde die Lage ganz anders beurteilt werden, als die Sprecher der SPD dies täten. Er nannte es eine „Dreistigkeit“, der CDU zu unterstellen, sie wolle den Konsens verlassen; eher gehe es ihr darum, die Sache voranzubringen, anstatt sie wieder in den Schubladen verschwinden zu lassen.

**Minister Dr. Axel Horstmann** (SPD) verlangte ein Ende der Diskussion über den Zwang gegenüber Städten und Gemeinden: Es sei sinnlos, so eine Auseinandersetzung zu eröffnen. Er appellierte an die Kommunen des Landes, ihren Teil der Verantwortung zu begreifen und an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Maßregelvollzug mitzuwirken. „Wir sollten darum werben, aber keinen Druck ausüben und Angst erzeugen.“

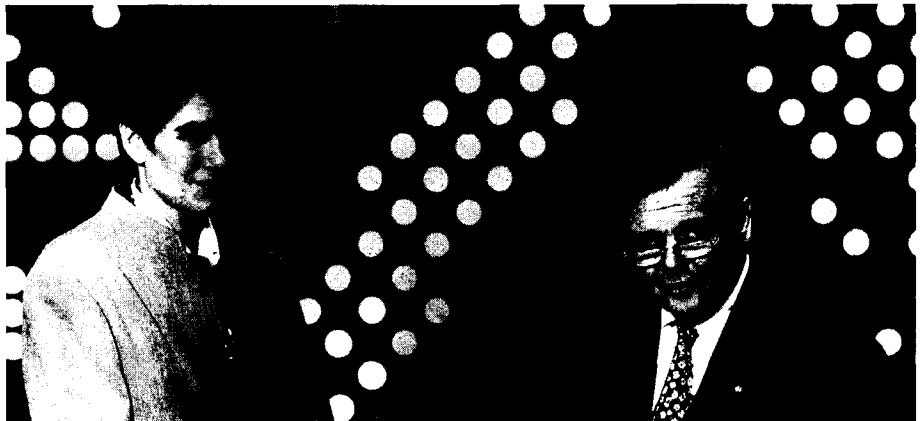
## Staatsvertrag der Länder soll Sport-Live-Übertragungen ohne Zusatzgebühr sichern

# Nationale Liste geschützter Veranstaltungen gefordert

Die Live-Übertragung großer Sportereignisse ohne Zusatzgebühren soll durch einen Staatsvertrag der Länder gesichert werden. Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN forderte der Landtag in direkter Abstimmung am vergangenen Mittwoch die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, daß eine umfassende nationale Liste geschützter Veranstaltungen im Rundfunkstaatsvertrag verankert werde. Die CDU-Opposition lehnte einen Staatsvertrag ab, verlangte aber ebenfalls die Übertragung wichtiger Sportereignisse im sogenannten freien Fernsehen. Sie trat für eine sorgsame Abwägung von Informationsfreiheit und Eigentumschutz ein.

**Reinhard Grätz** (SPD) betonte, die SPD-Fraktion habe sich genötigt gesehen, mit den landespolitischen Möglichkeiten die Reißleine zu ziehen und den Antrag einzubringen, der auch die einmütige Billigung der SPD-Fraktionsvorsitzendenkonferenz gefunden habe. Er wies darauf hin, daß die Konfliktlage viel älter und tiefer sei. Es habe alles damit begonnen, daß Deutschland aus der Einigkeit der 16 EU-Länder ausgesichert sei und sich nicht für eine Verankerung nationaler Listen für sportliche und kulturelle Großereignisse in der Fernsehrichtlinie ausgesprochen habe. Der heutige Antrag spreche drei Problemkreise an: erstens die künftige Live-Vermarktung von sportlichen und kulturellen Großereignissen, zweitens die breite Einführung von Bezahlfernsehen neben dem frei zugänglichen gebühren- oder werbefinanzierten Fernsehen in Deutschland und drittens die künftige Ablösung der analogen Übertragung elektronischer Signale durch die digitale Übertragung. In den meisten europäischen Ländern würden diese Themen einigermaßen getrennt abgehandelt. Anders in Deutschland, weil drei Konzerne eine Verknüpfung vorgenommen hätten, die zu der augenblicklichen medienpolitischen Konfusion und Spannung geführt habe. Ein Münchner Medienmogul habe im vorigen Jahr unternehmerisch eine falsche Entscheidung getroffen und versuche diese nunmehr mit Hilfe der in NRW ansässigen Unternehmen Bertelsmann und Telekom zu seinem eigenen Vorteil umzumünzen.

**Roland Appel** (GRÜNE), Fraktionssprecher, erklärte, Informationsfreiheit sei ein Grundrecht aus Artikel 5. Informationsfreiheit und Öffentlichkeit seien die Voraussetzungen für Demokratie. Was man hier seit einigen Jahren erlebe, sei doch der Versuch, die Öffentlichkeit der Gesellschaft, die jahrelang das Medium gewesen sei, über das man sich frei unterhalten habe, zu privatisieren und durch die Einsetzung immer neuer technischer Möglichkeiten, eine Art ökonomischer Zwischenworte, immer mehr Profit zu erzielen. Wenn man 1966 die Fußballweltmeisterschaft habe ansehen wollen, das berühmte Tor zum 3 : 2, dann habe man einen Fernseher und eine Antenne gebraucht und habe Rundfunkgebühren zahlen müssen. Für die Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2002 müsse man, wenn es nach dem Kartell der drei Medienriesen gehe, erstens einen Fernseher haben, zweitens Rundfunkgebühren zahlen, drittens



Die neue GRÜNE-Abgeordnete Dorothea Reder (l.) aus Bornheim hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) vor der Plenarsitzung am vergangenen Mittwoch verpflichtet. Sie ist Nachfolgerin des aus dem Parlament ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Hisham Hammad. Foto: Schälte

über einen Kabelanschluß verfügen und dafür bezahlen, viertens für ein Infopaket bezahlen und fünftens einen entsprechenden Decoder kaufen oder mieten. Für die gleiche Leistung, nur ein bißchen farbiger, seien jetzt fünf verschiedene Gebühren zu bezahlen. Den Verbrauchern würde durch immer neue technische Wege das Geld aus der Tasche gezogen. Der Staatsvertrag, den die Koalition für notwendig halte, könne ein kleiner Schritt sein, um ein Monopol zu verhindern.

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, erinnerte daran, man habe als CDU-Fraktion bereits im letzten Jahr, als die Übertragungsrechte für die nächsten Fußballweltmeisterschaften erworben worden seien, im Parlament einen Antrag eingebracht, der die Übertragungsrechte für herausragende — insbesondere sportliche — Ereignisse von nationaler Bedeutung im Fernsehen habe ohne Zuzahlung sichern wollen. Es sei die CDU gewesen, die diesen Prozeß im NRW-Landtag in Gang gebracht habe. Was man brauche, sei eine Abwägung zwischen dem Grundrecht auf Informationsfreiheit und Eigentumschutz. Natürlich seien die Grenzen dort fließend. Aber Fußball umsonst und für alle auf allen Ebenen könne es nicht geben, sei auch nicht geltendes Recht. Es wäre gut, wenn die Koalition das auch einmal deutlich sage. Denn dann komme man zu dem Ergebnis, daß ein Weg über vernünftige Verhandlungen sinnvoll wäre. An dieser Stelle seien die Ministerpräsidenten mit den Rechteinhabern und den Fernsehveranstaltern auf einem guten Weg. Im übrigen attestierte Frau Hieronymi der Zusammenarbeit zwischen Bertelsmann, Kirch und Telekom, sie habe erste Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich in der Bundesrepublik ein digitaler Markt überhaupt entwickeln könne.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) erklärte, der Sachverhalt habe öffentlich ein Echo gefunden, das außerordentlich sei und das in keinem Zusammenhang mit der Zeit stehe, die die Ministerpräsidenten bei ihrer Sitzung diesem Thema zugewendet hätten. „Denn wir sind als Ministerpräsidenten einig. Wir sind darin einig, daß wir möglichst viele nationale und internationale sportliche und

andere Ereignisse im sogenannten freien Fernsehen gesichert wissen möchten, also in dem Fernsehen, das nicht eigens bezahlt werden muß“, sagte Rau. Er fuhr fort, da habe man es nun mit dem Sachverhalt zu tun, daß Kirch, Bertelsmann und Telekom eine Verbindung eingegangen seien, daß es Verträge gebe, die man gar nicht kenne, und daß sich aus diesen Verträgen nach Meinung von Bertelsmann und Kirch Rechte ergäben, die mit dem Wunsch der Menschen kollidierten, im freien Fernsehen möglichst viele dieser Sportereignisse zu sehen zu bekommen. Weil es diesen Konflikt gebe, darum gebe es Gespräche und Verhandlungen. Und wenn es Gespräche und Verhandlungen gebe, denen die 16 Ministerpräsidenten im Wege einer Vereinbarung zustimmen könnten, werde man diese Vereinbarung treffen. Wenn es diese Ergebnisse nicht geben sollte, weil die eine Seite nicht bereit sei zu geben, was man für dringend nötig halte, oder weil sich nicht alle Ministerpräsidenten darauf einigen könnten, dann werde es Staatsvertragsüberlegungen geben.

**Heinz-Helmich van Schewick** (CDU) sagte, von Entscheidungen, die scheinbar nur auf den Profifußball ausgerichtet seien, sei immer der Fußball in seiner Gesamtheit betroffen. Sollte in naher oder ferner Zukunft die soziale Funktion des Fußballsports nicht mehr berücksichtigt werden, hätte dies unmittelbare Auswirkungen auf die kleinen Vereine und damit auf den Fußball, auf den Sport an der Basis. „Schon deshalb treten wir dafür ein, daß die Spiele der deutschen Fußballnationalmannschaft im Free-TV übertragen werden, damit sie von allen Bevölkerungsgruppen — also auch von Nichtbegüterten — gesehen werden können“, schloß der Abgeordnete.

**Marc Jan Eumann** (SPD) meinte zur neuen digitalen Technik, für viele sei Digital TV gleichbedeutend mit Bezahlfernsehen. „Nein, das ist es nicht.“ Digitalfernsehen sei eine neue Art von Fernsehen, die aber, das sei seine und die Hoffnung seiner Fraktion, vor allem mehr Programme für mehr Zuschauerinnen und Zuschauer ermögliche, mehr Informationen, mehr Meinungen für mehr Menschen und nicht mehr Informationen für weniger Menschen.



## Mehr Beschleunigung durch straffere Genehmigung als durch Standardsenkung

### Unternehmen: Fortschritte eher durch Kooperation als durch Konfrontation

*Investitionen erleichtern und beschleunigen – unter diesem Leitthema stand die ganztägige Anhörung am 22. Oktober. Anhand der Stellungnahmen der zum Hearing geladenen Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Naturschutz und anderen Verbänden, wollte der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung unter dem Vorsitz von Klaus Strehl (SPD) in Erfahrung bringen, welche Möglichkeiten aktuelle Vorschläge zur Veränderung umweltrechtlicher Vorschriften, zur Stärkung der Eigenverantwortung und zur Einführung ökonomischer Instrumente bieten und welche Grenzen zu beachten sind, damit ein wirksamer Umweltschutz nicht gefährdet wird. — Wir nehmen damit die in der vorigen Ausgabe von „Landtag intern“ auf Seite zehn angekündigte inhaltliche Berichterstattung über die Anhörung auf.*

Horst P. Sander vom Bundesverband der Deutschen Industrie stellte fest, die Gesetzesänderungen der letzten Jahre hätten prinzipiell eine Erleichterung gebracht. Die seien aber, etwa im Bereich des Immissionsschutzes, dadurch wieder zunichte gemacht worden, „daß nicht allein der Landesbeziehungsweise Bundesgesetzgeber tätig wird, sondern daß wir eine Meinungsbildung innerhalb der Verwaltungen haben“. Als Beispiele dafür nannte Sander den Länderausschuß für Immissionsschutz (LAI), die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) und die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA). Ähnlich wie bei Immissionsschutz vollziehe sich die Entwicklung beim Abfall. Hier verminderten sich anfallende Mengen, was nicht ausgelastete Kapazitäten bei Deponien und Verbrennungsanlagen zur Folge habe. Die Behörden hätten versucht, „durch eine übermäßige Erklärung von Abfällen zur Beseitigung“ gegenzusteuern und dafür gesorgt, daß Abfälle nicht über Grenzen kommen und sie Andienungs- und Überlassungsvorschriften in den Ländern unterlägen.

Der Verband der Chemischen Industrie unterstrich durch seinen Sprecher Dr. Armin Junker, daß diese Branche sich mit dem Programm „Responsible Care“ ihrer Verantwortung stelle. Aber: „Wir brauchen keine weitere Verstärkung des ohnehin schon erdrückenden Netzes von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften. Wir sind bereit, freiwillig zu handeln, wenn die Notwendigkeit erkannt wird.“ Das bedeute aber nicht, daß angestrebt würde, Umweltstandards in Frage zu stellen oder zu verschlechtern. „Es geht uns vielmehr darum, den Regelungsdschungel dort zu lichten, wo die Vorschriften sowohl die Behörde als auch die Industrie unnötig belasten, ohne Vorteile für die Umwelt zu bringen.“ Junker richtete an die Abgeordneten den Appell, sich stärker um die Folgen von Gesetzen zu kümmern und dem Übergewicht der Verwaltung entgegenzuwirken. Ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmen, Verbänden und Vollzugsbehörden über den Vollzug von Gesetzen könnte ebenfalls von Nutzen sein.

Professor Dr.-Ing. Jürgen A. Philipp von der Wirtschaftsvereinigung Stahl lenkte die Aufmerksamkeit auf die Kosten, die für die Unternehmen mit der Erfüllung umweltrechtlicher Vorschriften in Deutschland verbunden sind. Bei einigen Großinvestitionen summierten sich die Umweltschutzkostenanteile auf bis zu 35 Prozent. In seinem Unternehmen Thyssen Krupp Stahl GmbH bedinge dies Betriebskosten, die zur Zeit bei 60 Mark je Tonne Rohstahl lägen. Im internatio-

nen Vergleich sei das doppelt so viel wie bei den westlichen Mitbewerbern. Die Folge seien Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den Mitbewerbern im Ausland, betonte Philipp, die sich auf kritischen Stahlmärkten erheblich negativ bemerkbar machten. Allgemein, dieses Kompliment machte er ausdrücklich, arbeiteten die Behörden im Land NRW schnell.

Der Bundesverband der Mittelständischen Industrie sah die Idee der „Öko-Audits“ als „phantastisch“ an, die Umsetzung sei in der Zwischenzeit aber als fast gescheitert zu werten. Claus Schmidt bedauerte, daß die im Audit gegebenen Chancen, durch innerbetriebliche Bestandsaufnahmen zu verbesserten Produktionsabläufen zu kommen,

Vereinbarungen erfolgen. Dies setzt auf Seiten des Staats die Bereitschaft voraus, vieles auf den Prüfstand zu stellen.“ Das Land sei aufgerufen, durch ein gemeinsames Gremium von Staat, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden die Vielzahl von Vorschritten zu überprüfen, um zu Entschlackungen und Vereinfachungen zu gelangen. Um den Gedanken der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft zu stärken, der vom Land und von der Bayer AG gleichermaßen verfolgt werde, sollte nach gründlichem Dialog und Verständigung über die Ziele ein Nachhaltigkeitspakt für NRW zwischen Land und Wirtschaft geschlossen werden.

Der Sprecher eines mittelständischen Bielefelder Unternehmens der Textilveredelung, Dr. Sebastian Meyer-Stock, schlug vor, um wirtschaftliche Tragbarkeit und Umweltverbesserungen besser übereinzubringen, stärker auf freiwillige Vereinbarungen und Absprachen „unternehmensspezifisch und unternehmensindividuell“ mit den entsprechenden Fachbehörden abzustellen. Damit habe man gute Erfahrungen, fuhr er fort und stellte klar, solche Absprachen

*Blick in die Anhörung: Rechts Ausschußvorsitzender Klaus Strehl (SPD), am Rednerpult der Naturschutzbundsprecher Dr. Michael Harengerd, dahinter die Reihe der Abgeordneten von SPD, GRÜNEN und CDU. Foto: Schälte*



vertan wurden und „gegen eine Masse von Papier getauscht“ worden seien. Öko-Audits seien als Mittel zur Investitionsbeschleunigung relativ ungeeignet; besser wäre es, wenn die Behörden bereit wären, ihre Genehmigungsverfahren auf eine Standardzulassung in Teilbereichen zu konzentrieren. Ein Produkt oder Produktionsprozeß, der etwa in Bayern schon eine Genehmigung erhalten habe, müßte dann nicht mehr hierzulande den gesamten langwierigen Genehmigungsprozeß durchlaufen.

Dr. Frank Andreas Schendel von der Bayer AG plädierte für eine Verstärkung des Kooperationsprinzips zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgern: „Bei der zukünftigen Gestaltung umweltpolitischer Rahmenbedingungen sollte ein moderner Staat auf der Grundlage eines Dialogs mit Bürgern und Wirtschaft Zielsetzungen für die künftige Politik festlegen. Die Verwirklichung der Ziele sollte weitgehend konsensual durch

seien schon sehr verbindlich und führten keinesfalls dazu, „daß sich die Unternehmen letztendlich doch der Verantwortung entziehen“. Was Grenzwerte angehe, so werde es angesichts immer komplizierter werdender umweltrelevanter Vorgänge in den Betrieben zunehmend schwieriger, „mit einem allgemeinen Grenzwert die Wahrheit zu finden“. Besser sei es da, „im speziellen Dialog mit den Fachbehörden Umweltziele zu vereinbaren und sie mit einer Zeitachse zu verwirklichen“. So sei es denkbar, nicht den absoluten Grenzwert anzustreben, sondern sich ihm Jahr für Jahr anzunähern. Ein anderer Punkt sei das mangelnde Vertrauen zwischen Fachbehörden und Unternehmen; Gesetze, so sein Eindruck, würden manchmal für die zehn Prozent schwarzer Schafe jeder Branche gemacht — das zerstöre viel Vertrauen bei jenen 90 Prozent, die guten willens seien und die Sache voranbringen wollten. (wird fortgesetzt)

## Anhörung (II): Öffentlicher Gesundheitsdienst

### „Modernes Gesetz dringend, aber so nicht“

In der dreitägigen Anhörung des Kommunalpolitischen Ausschusses zum Gesetzentwurf „zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden“ (Drs. 12/2340) stand am 9. Oktober unter Leitung von Bodo Champignon (SPD) der Abschnitt III, das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG), auf dem Prüfstand.

Kurt Bodewig (DGB) begrüßte den Entwurf, der endlich die Gesetzgebung aus dem Jahr 1935 ablösen solle. NRW befinde sich damit im Verzug. Positiv bewerte der DGB eine gesetzliche Basis für sinnvolle Kooperation, auch bei den Gesundheitsberichten. Kommunale und Landesgesundheitskonferenzen sollten gleich zusammengesetzt sein, die Berichterstattung genauer terminiert werden.

Ingrid Robbers (NRW-Städtetag) vermißte eine Garantie für Kostenneutralität, wie schon 1993 und hätte ein eigenes Gesetz für zweckmäßiger gehalten. Gesundheitsämter behielten auch heute ihre wichtigen Aufgaben, die eher zugenommen hätten, auch durch weltweite Wanderungen. Nachbesserungen seien notwendig. Jugendzahnpflege brauche als Grundlage der Finanzierung eine bundesgesetzliche Grundlage. Finanzengende der Krankenkassen ließen keine Bereitschaft zur Zahlung an die Kommunen erwarten. So könne das Gesetz nicht bleiben.

Herr Mauss (NRW-Landkreistag) äußerte sich ähnlich und bedauerte die Eile der Vorlage. Bei Prävention, Impfungen, Umweltmedizin, Mütterberatung für Personen in Problemlagen, Hilfen für Benachteiligte handle es sich um neue Pflichtaufgaben, die nicht kostenneutral durchzuführen seien. Ganz erhebliche Kosten würde die Hygieneüberwachung verursachen.

Karl-Rudolf Mattenklott (NRW-Apothekerkammer) befürchtete ebenfalls sehr hohe Kosten durch Beobachtung des Arzneimittelkonsums der Bevölkerung, erst recht bei Einschluß der Selbstmedikation. Dr. Wolfgang Klitzsch (Ärztchamber Nordrhein) vermutete, einige Funktionen erforderten

hochrangige akademische Kommunalbedienstete. Moderne Aufgaben schienen überzogen. Chronische Zivilisationskrankheiten in die Berichterstattung aufzunehmen, bedeute völlige Überforderung. Die Konferenzen könnten ein riesengroßer Krampf werden. Dr. Ingo Flenker (Ärztchamber Westfalen-Lippe) monierte ungeklärte Kompetenzen beim noch nicht abgeschlossenen Modellversuch „Ortsnahe Koordinierung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung in NRW“ in fünf Kreisen und kreisfreien Städten. Eine diffuse Grauzone trage nicht zu besserer Versorgung bei. Konferenzen auf freiwilliger Basis funktionierten hervorragend. Das erweiterte Aufgabenspektrum der Gesundheitsämter sei nachhaltig zu begrüßen. Für Obdachlose bestehe eine Versorgungslücke.

Dr. Aubke (Kassenärztliche Vereinigungen) sah bei Beobachtung, Erfassung und Bewertung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung bedenkliche Eingriffe des Landes in die alleinige Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers. Wenn der Sicherstellungsauftrag der Kassenärzte nicht zugrunde gelegt sei, könnte das Gesundheitsamt nach eigenem Ermessen Versorgungslücken definieren. Auf eine Frage von Daniel Kreuzt (GRÜNE) verdeutlichte er, eine (ausgeweitete) Aufgabenzuweisung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst dürfe nur bei Beachtung der Kompetenzen der Sozialgesetzgebung erfolgen.

Professor Dr. Heiko Schneitler (NRW-Landesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitswesens) begrüßte den Entwurf, besonders die klare Formulierung zur Gesundheitshilfe. Versorgt werde in unserem Staat glänzend, wer sich selbst

zu helfen wisse. Der Öffentliche Gesundheitsdienst beginne dort, wo Teile der Bevölkerung nicht versorgt seien, bei chronisch psychisch Kranken, Drogenabhängigen, Obdachlosen bis zu Hochbetagten. In Düsseldorf erfolge ein Drittel aller Zwangsräumungen von Wohnungen aufgrund psychischer Erkrankung. Bürger seien bekannt, die seit Jahren ihre Wohnung nicht verlassen, vermüllten, Steckdosen abklebten, Böden aufschneiden. Ein Prozent der Bevölkerung leide an Schizophrenie, das wären 6 000 Menschen in Düsseldorf. Hier würden 3 000 sonst nicht erreichbare psychisch Kranke versorgt. Während seiner zwölfjährigen Tätigkeit habe sich die Zahl der Drogenabhängigen von 1 000 auf 6 000 vermehrt mit zunehmender Verelendung. Die Zahl der Über-80jährigen habe sich vervielfacht. Bei der Jugendzahnpflege müßten drei Prozent an Gymnasien, aber 75 Prozent an Berufsschulen sofort zum Zahnarzt geschickt werden. 25 Prozent der Kinder seien bei der Einschulung motorisch retardiert, ein großer Teil sprachlich entwicklungsverzögert. Dringlich seien auch flächendeckende Schulentlassungsuntersuchungen, damit zur Berufswahl beraten werden könne. Zahlreiche neue Infektionskrankheiten seien in den letzten Jahren aufgetreten. An einem Samstag sei dem Amt in Düsseldorf ein Flugzeug mit 150 Durchfallerkrankten beschert worden. Sorge mache er sich auch über zahlreich eingeschleppte Tuberkulose, Syphilis habe sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vervielfacht. Der Schutz der Menschen vor Umweltbelastungen bedürfe erheblich größerer Mühe. Ausreichender Gesundheitsschutz sei nur in staatlicher Organisation zu verwirklichen. Nicht erwähnt sei die Prostitutionsbetreuung. Jährlich gebe es 30 000 Hygienetote im Krankenhaus.

Rudolf Henke (Marburger Bund) hielt die meisten Regelungen für entscheidungsreif. Öffentliche Gesundheitsdienste müßten auch aufsuchende Gesundheitsfürsorge übernehmen. Ein gesetzlich vorprogrammiertes Gegeneinander von Selbstverwaltung und kommunaler Steuerung könnten wir uns nicht leisten. Die Landesgesundheitskonferenz sei als freiwilliges Instrument richtig. Der vorliegende Entwurf bewerte jedoch die vorliegende Subsidiarität falsch und führe in Allzuständigkeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Auf eine Frage von Hermann-Josef Arentz (CDU) in der zweiten Fragerunde antwortete Henke, die Bevölkerung erwarte vom Gesundheitsdienst vor allem Aidsberatung, Hygieneüberwachung, Seuchenbekämpfung, Impfungen und Reisemedizin. Infektionsschutz entspreche einer realen Gefahrenschätzung, da massive Risiken aus dem Ausland eingeschleppt würden. Schuleingangsuntersuchungen, Jugendgesundheits, Umweltmedizin würden von mehr als einem Drittel von Befragten für sehr wichtig gehalten. Hilfe bei Zivilisationskrankheiten werde nicht als Aufgabe erwartet. Professor Schneitler ergänzte auf eine Frage von Walter Grevener (SPD), die Gebühren sollten kostendeckend und das Ganze als Verbundsystem kostenneutral sein.

Heinrich Schlüter (AOK Rheinland) vermißte die Aufgabenabgrenzung von selbstverwalteter und öffentlicher medizinischer Versorgung und bezweifelte landesgesetzlichen Regelungsbedarf. Angesichts von 90 Pro-

(Fortsetzung nächste Seite)



„Bahnhöfe der Zukunft“ stellte Christian Steguweit (l.) vom Geschäftsbereich Personenbahnhöfe der DB der Parlamentarischen Gruppe Bahn am 29. Oktober im Landtag vor. Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD, r.) leitete anschließend die Diskussion, in der auch Probleme von Kommunen bei Verhandlungen mit der DB zur Sprache kamen (daneben v. r.: NRW-Beauftragter Wolfgang Maurer und Elmar Haass vom Deutschen Verkehrsforum).

## Gesundheitsdienst ...

(Fortsetzung von Seite 10)

zent sozialversicherter Bevölkerung dürfe es keine Superinstanz Gesundheitsamt geben. Wolfgang Mudra (Angestellten-Krankenkassen) wies ergänzend auf starke Belastungen durch die Gesundheitsreform und Standortnachteile bei höheren Beitragssätzen hin.

Dr. Helmut Brand (Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst) befürwortete den beabsichtigten effizienteren Umgang mit kommunalen Aufgaben. Sein Institut sei „verschlankend“ vor drei Jahren aus vier Institutionen entstanden, dessen Arbeit werde anerkannt. In anderen Ländern sei ähnliches gegründet. Professor Dr. Johannes Siegrist (Medizinsoziologie Universität Düsseldorf) berichtete als ein Leiter der Begleitforschung über das Modellvorhaben „Ortsnahe Koordinierung“, 90 Prozent der Maßnahmen seien einvernehmlich verabschiedet. Die Umsetzung von Handlungsempfehlungen stocke, wo Lokales und Überregionales vernetzt werden solle. Der Abschluß des Modellversuchs solle abgewartet werden.

Reinhard Stadali (Krankenhausgesellschaft NRW) begrüßte für rund 500 Krankenhäu-

ser die Regelungsabsicht des Entwurfs, bedauerte aber das Verfahren. Krankenhausplanung als Teil der Gesundheitskonferenz sei weder mit Landes- und Bundesrecht noch mit praktischen Erfordernissen vereinbar. Ein massiver Bürokratisierungsschub mit ganz erheblichen Kostenfolgen werde in Gang gesetzt. Schon das Modellprojekt habe 3,5 Millionen Mark und komplementäre Kommunalmittel gekostet.

Klaus Bremen (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) begrüßte das Gesetzgebungsvorhaben im Interesse der Selbsthilfegruppen, die aber nicht zu Leistungserbringern gemacht werden dürften. Öffentliche Verwaltung dürfe in freiwillige Angebote nicht hineinwirken. Norbert Wolter (Gesundheitsdezernent Oberbergischer Kreis) berichtete von umfassender psychiatrischer und Suchtkrankenversorgung. Medizinisch-soziale Versorgung älterer Menschen und Aidsberatung müßten dringend erweitert werden. Rahmennormierung für die Aufgaben der Gesundheitsämter sei zu begrüßen, um im Verteilungskampf sinnvolle Abwehr leisten zu können.

Dr. Jan Leidel (Gesundheitsamt Köln) sah öffentliche Gesundheitsversorgung, Patienten- und Verbraucherschutz auf einem hinteren Rang der kommunalen Zielhierarchie. Das werde sich auswirken. Eine zeitgemäße



Bodo Champignon (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, leitete die Anhörung beim Thema Öffentlicher Gesundheitsdienst.

Ausgestaltung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sei zwingend und eine Chance. Dr. Karl-Heinz Feldhoff (Gesundheitsamt Heinsberg) forderte in acht Thesen unter anderem ein baldiges modernes, entfrachtetes Gesetz, das solidarische Maßnahmen für Drogenkranke, Migranten, Nichtsebhafte und psychisch Kranke sichere. Staatsmedizin solle nicht eingeführt und die Bezeichnung Gesundheitsamt behalten werden. Gesundheitsberichterstattung werde auch ein grenzüberschreitendes Thema in Europa.

## Landesgeld für Blinde und Gehörlose

Im weiteren Verlauf der dreitägigen Anhörung zu kommunalen Handlungsspielräumen ging es am 9. und 10. Oktober um Landesmittel für Blinde und Gehörlose, um Brandschutzvorschriften, um Elternbeiträge zu Schülerfahrtkosten und um Jubiläumszuwendungen für öffentliche Bedienstete.

Michael Stempel (Landesverband der Gehörlosen) begrüßte die Gehörlosenhilfe als großen Schritt, bemängelte aber ein sehr undurchsichtiges Antragsverfahren und die fehlende Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher und vermißte ein eigenes Merkzeichen. Seine Stellungnahme wurde von einer Gebärdensprachdolmetscherin übersetzt. Klaus Hahn (NRW-Blindenverband) begrüßte das im Entwurf vorgesehene, weiterhin einkommens- und vermögensunabhängige Blindengeld. Für über 60jährige Empfänger sei die Absenkung allerdings kaum vermittelbar. Wolf-Dieter Trenner (Fördergemeinschaft für Taubblinde) rechnete ein monatliches Einnahmeminus von 1920 Mark für Eltern taubblinder Kinder vor, das sei eine Katastrophe, da die Beschulung nur in Hannover erfolgen könne. Für die LAG Selbsthilfe Behinderter meinte Geesken Wörmann, Geld sei da, nur nicht für Blinde. Nachzubessern sei bei halbierten Hilfen für Kinder und Jugendliche.

Konrad Püning regte für die Landschaftsverbände eine Harmonisierung von Blindengeld und Blindenhilfe an und zweifelte Einsparungen in Höhe von 43 Millionen Mark durch die Alterskürzung an. 14 000 hochgradig Sehschwache in NRW seien anspruchsberechtigt.

Nach dem Wechsel der Leitung zum Vorsitzenden des Kommunalausschusses Friedrich Hofmann (SPD) plädierte Ursus Fuhrmann (NRW-Städtetag) für die Erhöhung der

Wochenstunden der Feuerwehr von 20 auf 23 Stunden, auch für Leitstellen. Außerdem sollten die Sonntage für Arbeits- und Ausbildungsdienst geöffnet werden. Dr. Manfred Wichmann (NRW-Städte- und Gemeindebund) sprach die Hoffnung auf tarifpartnerchaftliches Einvernehmen darüber aus. Jörg Wessiepe (Deutscher Beamtenbund) sah keinen Handlungsbedarf bei der Arbeitszeit der Feuerwehr, wohl aber beim tatsächlichen Dienst bis zu 54 Wochenstunden.

## Feuerwehrdienst

Als „Exot“ in der Anhörung bezeichnete sich Dr. Peter Schäfer (Projektteam Überprüfung von Sach- und Personalstandards in Landesvorschriften), da er keinen Verband, sondern höchstens das Interesse des Gemein-

wohls oder der Steuerzahler vertrete. Das Projektteam habe 200 kommunale Standards untersucht und halte Personalvorgaben des Landes nicht für nötig. Auch sich neu zu organisieren, wüßten die Kommunen selbst. Der Gesetzentwurf sei der richtige Weg. Im Umweltbereich könne noch mehr aufgegriffen werden. „Vertrauen Sie den Kommunen, geben Sie ihnen die Freiheiten!“ sagte der Sprecher des Projektteams, der seine Stellungnahme am 10. Oktober ergänzte, eine massive Rechtsbereinigung spare auch bei der mittleren und höheren Verwaltungsebene. Als Beispiel erwähnte er, nur in NRW müßten Carports eingemessen werden, laut Landesbauordnung. Nach dem neuen Nutzungsgarten-Erlaß müsse ab 1998 Pflanzenbau kartiert werden. Insgesamt bleibe die Beweislast bei den Kommunen hängen. Bei der Umsetzung drohe eine neue ministerielle Bürokratie. (wird fortgesetzt)



Am dritten Tag ging es unter Leitung von Walter Grevener (SPD), unterstützt von Wolfgang Kubitzky (Ausschußassistent), um Elternbeiträge zu Schülerfahrtkosten, v. l. Franz-Josef Britz (CDU), Albert Leifert (kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion), am Rednerpult: Franz-Josef Schumacher (Landkreistag), ferner die kommunalpolitischen Sprecher der SPD- und der GRÜNE-Fraktion Jürgen Thuile (2. v. r.) und Ewald Groth (r.).

Fotos: Schälte

## Vier Jahre Ausschluß der Regionen Zwischenbilanz von Loke Mernizka

Anfang 1998 endet die erste Amtsperiode des Ausschusses der Regionen (AdR) des Europäischen Parlaments. In der zweiten Amtsperiode wird NRW nur durch ein Mitglied der Landesregierung, nicht mehr zusätzlich durch ein Landtagsmitglied vertreten sein. Das stellvertretende AdR-Mitglied aus NRW wird jedoch vom Landtag gewählt. Der SPD-Abgeordnete Loke Mernizka zieht nachstehend eine Zwischenbilanz nach zweieinhalb Jahren Zugehörigkeit.

Wie können wir verhindern, daß die Regionen in der Europäischen Union zu kurz kommen? Das ist die entscheidende Frage im Ausschluß der Regionen (AdR) des Europäischen Parlaments, dem ich nun seit zweieinhalb Jahren als parlamentarischer Vertreter des Landes NRW angehöre. Wir 222 Regionalvertreter aus 16 Mitgliedstaaten, vom Landtagsabgeordneten bis zum ehrenamtlichen Gemeindevorsteher, haben nur beratende Rechte gegenüber den anderen europäischen Institutionen. Doch durch die teilweise sehr enge Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern ist gewährleistet, daß die Bedürfnisse der Regionen in Brüssel nicht untergehen.

Der AdR berät alle Vorlagen, Richtlinien- und Verordnungsentwürfe der Kommission und des Ministerrats und gibt dazu seine Stellungnahmen ab. Für die unterschiedlichen Politikbereiche der Europäischen Union haben wir acht Fachkommissionen und vier Unterausschüsse gebildet. Ich gehöre der Fachkommission für Raumordnung, Umwelt und Energie an, in der ich vor allem meine Erfahrungen aus Strukturproblemen der Kohle- und Stahlregionen Nordrhein-Westfalens und energiepolitische Fragestellungen einbringen kann. Als Berichterstatter des AdR für umweltgerechte Kohletechnik versuche ich auch den Einsatz von Spitzentechnologie aus NRW voranzubringen.

Die Fachkommissionen des AdR und ihre Unterausschüsse beraten alle zwei Monate in Brüssel oder, auf Einladung einer Region, auch gelegentlich in einem Mitgliedstaat der Union. Alle drei Monate tagt das Plenum des AdR in der belgischen Hauptstadt, um die erarbeiteten Stellungnahmen zu verabschieden. 33 Dolmetscherinnen und Dolmetscher übersetzen uns die Beiträge in elf Amtssprachen der EU. Bekanntlich sind nur wenige europäische Staaten ähnlich föderal wie die Bundesre-

publik Deutschland organisiert. In einigen Staaten gibt es überhaupt keine eigenständigen Landesteile. Der AdR ist deshalb eine sehr heterogene Organisation. Regionale Interessen gewinnen aber, da sind wir 24 deutschen Vertreter und unsere ausländischen Kollegen im AdR uns einig, im immer größer werdenden Europa stärker an Bedeutung. Schließlich sind die Regionen, im Gegensatz zur nationalen Ebene und zu Brüssel, näher am Bürger.

Über die Ergebnisse unserer Beratungen informiere ich regelmäßig den Ausschluß für Europa- und Eine-Welt-Politik des Landtags, beispielsweise über die letzte Plenartagung des AdR im September, in der wir 15 Stellungnahmen verabschiedet haben. Fast immer werden die Stellungnahmen des AdR einstimmig verabschiedet, obwohl sich auch im AdR jetzt Fraktionen gebildet haben. Übrigens gibt es für uns keine Diäten, nur die Fahrt- und Hotelkosten werden erstattet. Ich würde im AdR gern weiter mitarbeiten, um die Erfahrungen der anderen EU-Regionen für NRW nutzbar zu machen. Schließlich hat der AdR durch den Vertrag von Amsterdam weitere obligatorische Anhörungsrechte und das Recht auf einen eigenen organisatorischen Unterbau erhalten.

### Sport-Forum

In einer großen Ausstellung präsentierten zahlreiche europäische Regionen ihre Aktivitäten auf dem Gebiet des Sports. Besondere Beachtung fand der Beitrag Nordrhein-Westfalens, das die Pokale der Europacupsieger Schalke 04 und Borussia Dortmund ausgestellt hatte.

(Aus dem Bericht von der September-Plenartagung des Ausschusses der Regionen zum runden Tisch „Der Beitrag des Sports für die Identität der Regionen und Städte“ von Loke Mernizka.)



Loke Mernizka (SPD), Walzwerker aus Siegen, Mitglied des NRW-Landtags seit 1980, bei einer Abstimmung im Ausschluß der Regionen.

### Landtagszuschrift

## Mehr schwierige Kinder erfordern mehr Personal

„Sehr geehrter Herr Ulrich Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU und Präsident des Landtags“, schrieb ein Pfarrer im Namen des Verbands katholischer Tageseinrichtungen für Kinder aus der Region Düren und bat ihn, die Sorge um die Qualität der Arbeit mit Kindern zu teilen und die Bedenken gegen das geplante Personalsoll von eineinhalb Stellen pro Gruppe „bei den weiteren Aushandlungsprozessen zu berücksichtigen“ (Zuschrift 12/1525).

Die Anforderungen durch verhaltensauffällige, kranke, sprachauffällige Kinder stiegen weiter. Zwei Kräfte pro Gruppe bedeute nicht, daß zwei Personen immer bei 25 Kindern seien. Vielmehr gebe es neben Krankheitsausfällen auch Beratungsaufgaben und Familienbetreuung. Der Anspruch an die Kindergartenpädagogik steige, durch zugezogene, behinderte, ausländische, mißbrauchte Kinder, Schichtdienst oder arbeitslose Väter, Flüchtlinge. „Jemand, der es nicht täglich erfährt, kann sich kaum vorstellen, wieviel 25 Kinder sind“, schrieb der Pfarrer an den Landtagspräsidenten und bat um Unterstützung für das pädagogisch Notwendige: sichere zwei Kräfte pro Gruppe mit 20 Kindern. „Das, was wir heute bei den Kindern einsparen, zahlen wir später bei der Jugendkriminalität, Drogen und weiteren Auffälligkeiten um ein Vielfaches“, schließt die Zuschrift, bei der sich der Absender allerdings im Titel geirrt hat: Landtagspräsident Ulrich Schmidt ist natürlich nicht gleichzeitig „Fraktionsvorsitzender der CDU“.

### Landesvermögen aus Forderungen

## Fast fünf Milliarden

Zum Jahresende 1996 habe das Land NRW Forderungen in Höhe von 4846,4 Millionen Mark gehabt, teilte der Finanzminister den CDU-Abgeordneten Helmut Diegel und Volkmar Klein in Beantwortung ihrer Kleinen Anfrage (Drs. 12/2505) am 27. Oktober mit. Die beiden Mitglieder der Oppositionsfraktion im Haushaltsausschluß hatten weiter nach der Ressortzuordnung der Forderungen an Abgabenschuldner, der Rückforderungen aus Personalausgaben und sächlichen Verwaltungsausgaben sowie Schadensersatzforderungen gefragt.

Aus der Antwort geht hervor, daß fast die Hälfte der Forderungen vom Sozialministerium verwaltet werden (knapp zwei Milliarden Mark). 1,7 Milliarden Mark stehen im Umweltressort offen, 950 Millionen beim Bauministerium. Die Forderungen vom Wirtschafts- und Verkehrsministerium betragen 64, vom Stadtentwicklungsressort 36,6 und in der Allgemeinen Finanzverwaltung 22 Millionen Mark (für Privatschulbau).

Die einzelnen Darlehen würden mit 0 bis 4 Prozent verzinst, lautete die Antwort auf eine weitere Frage der Abgeordneten. Die Summe der nicht verzinsten Darlehen betrage 2,74 Milliarden Mark. Nach der fünfjährigen Finanzplanung rechne das Land mit Darlehensrückflüssen von jährlich über 300 Millionen Mark.

## Auf den Spuren einer erfolgreichen Region in USA

### Unternehmerfreundliches North Carolina erreichte „Spitze“

Zu einer zehntägigen Informationsreise hielt sich der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Mitte September in den Vereinigten Staaten auf. In New York und in North Carolina informierten sich die NRW-Abgeordneten über Beteiligungskapital und neue Technologien.

Beim Besuch der Präsenzbörse in der Wall Street beobachteten die von Marian Herbert geführten Abgeordneten von der Empore aus, wie im Parkett an einem der zahlreichen Maklerschalter, unmittelbar nach einer im Fernsehen live übertragenen Rede des Präsidenten, hektische Betriebsamkeit ausbrach. Am Nachmittag wurde die Delegation im deutschen Generalkonsulat vom stellvertretenden Generalkonsul Freiherr von Stackelberg empfangen, der gleichzeitig die Wirtschaftsabteilung des Konsulats leitet. Als Anstoß für die deutsche Wirtschaftspolitik berichtete er, in den USA sei es üblich, bei vorzeitiger Fertigstellung von Bauprojekten dem Bauunternehmen eine Prämie zu zahlen. Von Stackelberg hielt die Außenwirkung Deutschlands in New York für schlecht, es mangle an Konzepten sowie Koordinierung. Für die Wirtschaftsförderung fühlten sich zu viele deutsche Organisationen verantwortlich. Der deutsche Export in die Staaten boome derzeit, hier sei keine Hilfe nötig. Das Defizit liege in ausreichender Werbung für Investitionen am Standort Deutschland. Hierfür seien die Konsulate jedoch personell zu schwach besetzt.

#### Germany-Werbung

Die deutschen Länder, warf Stackelberg ihnen vor, kochten jedes seinen eigenen Brei, anstatt gemeinsam unter einem Dach für „Germany“ zu werben. Den Vorwurf von „Kirchturmspolitik“ wiesen die Ausschußmitglieder zurück, da sich die Wirtschaftsförderungsgesellschaften mittlerweile regelmäßig trafen. Bessere Koordinierung der PR hielten sie jedoch für nötig.

Auf dem IT-Forum, einer Messe über Möglichkeiten des Inter- und Intranets, präsentierte John Treadway die Firma Sybase und ihre Unternehmensstrategie bei der Erstellung von Webseiten, Bereitstellung von Servern und Sicherheitsfragen bei der Datenübertragung. Peter Powers stellte in den Räumen der WestLB als Vorsitzender und Chefadministrator die High View Capital Corporation vor, eine Gesellschaft, die Fonds für Anleger einrichtet und sich mit dem Geld an Firmen beteiligt. Dabei gibt es verschiedene Strategien: Ca. 30 Prozent des Kapitals geht an neugegründete Firmen. Die anderen Gelder fließen in Unternehmen, die bereits am Markt etabliert sind oder waren, sich erweitern wollen bzw. einen Liquiditätsengpaß nicht überlebt haben und mit frischem Geld einen neuen Anfang starten möchten. Im vergangenen Jahr erwirtschaftete die High View Capital Corporation eine Dividendenrendite von stolzen 26 Prozent. Dabei gibt es jedoch unterschiedliche Fonds mit unterschiedlichen Renditen, jeweils gemäß dem Risikoprofil der Anleger angepaßt. Im Vortrag wurde das

Management der Unternehmen, bei denen eine Beteiligung erfolgen soll, als der Schlüssel für den Erfolg der Anlage bezeichnet. Dabei geht der Einfluß der Kapitalgeber soweit, daß Eingriffe in das Management jederzeit möglich sind. In den USA gibt es so gut wie keine staatliche Hilfe bei Beteiligungen, wie etwa in NRW die Ausfallgarantie. Der Präsentation schloß sich eine lebhaft Diskussions an. Nachdem Powers und sein Korreferent bekundet hatten, sie seien mehr Banker als Unternehmer, fragten sich Delegationsteilnehmer, weshalb dieses Geschäft nicht auch von deutschen Banken erfolgreich betrieben werde. Am Ende einer intensiven Diskussion mit dem Leiter der WestLB New York, Körner, erbat der Ausschuß von ihm einen Bericht über den amerikanischen Markt für Beteiligungskapital sowie die in den Staaten angewandten Praktiken.

#### Geld – Geschäft – Gewinn

In der Niederlassung im Rockefeller Plaza erläuterte Herr Paardo die Aktivitäten der Ruhrkohle AG in den Vereinigten Staaten sowie die weitere Geschäftsstrategie. Für die Auslandsaktivitäten im Bereich der Kohle hat die Ruhrkohle AG eine neue Tochtergesellschaft, die RACC, geschaffen. Mit nur 521 Mitarbeitern fördert die RACC in den Staaten mehr als eine Milliarde Tonnen Kohle. Die Kohle dient vorwiegend der Stromproduktion, nur 7 bis 8 Prozent gehen wegen zu hoher Transportkosten bis zu Überseehäfen in den Export. Die Kohlenförderung kostet in den USA lediglich 20 bis 25 Dollar pro Tonne. Insgesamt gibt es ca. 2 500 Kohlenbergwerke in den Staaten. Die RACC ist vor allem im Süden von West Virginia tätig. In den Kohlenbergwerken im Westen der Vereinigten Staaten wird vor allem beim Abbau die deutsche Bergwerkstechnik ausreichend eingesetzt. In Pittsburg unterhält die RACC eine Niederlassung, die sich ausschließlich um den Bereich Zulieferungen von Bergwerkstechnik kümmert. Unternehmensphilosophie von RACC ist es, vor allem in den Staaten Geld zu verdienen und erst danach an Reserven für die Kohlelieferung zur deutschen Stahlproduktion zu denken.

Im Schulungszentrum für Siemens-Mitarbeiter und (ärztliche) Anwender für Medizintechnik in Raleigh (North Carolina Research Triangle Park) wurde den Ausschußmitgliedern die Leistungsfähigkeit und die Kosten von modernen Röntgen- und Ultraschallgeräten sowie Computertomographen vorgeführt. In dem Forschungs- und Entwicklungszentrum Triangle Park sind 34 000 Wissenschaftler und technisches sowie Dienstleistungspersonal tätig. Mehr als zwei Milliarden Dollar wurden seit 1959 investiert. Drei Universitäten der Region führen jährlich private und staatliche Forschungsaufträge im Wert von rund 400 Millionen Dollar aus. Universitäten und Unternehmen im Park bilden eine Talentschmiede, das von dort rekrutierte Personal hat weltweit einen hervorragenden Ruf. Zu besten beruflichen Perspektiven kommen attraktive

Lebensbedingungen: preiswerte Häuser, kulturelle und sportliche Angebote in reizvoller Landschaft mit Bahn-, Fernstraßen- und Flughafenanbindung. North Carolina zeichnet seit einigen Jahren die meisten Geschäftsneuan siedlungen aller US-Staaten. Es sei unternehmerfreundlich, wurde immer wieder betont und bietet Behördendienstleistungen sowie günstige Steuersätze.

#### Triangle Forschungspark

Im Biotechnologie-Zentrum des Parks sind 80 Unternehmen angesiedelt. In North Carolina gibt es in diesem Bereich 6 000 direkte und 14 000 indirekt mit Biotechnologie zusammenhängende Arbeitsplätze. Die Einstellung der Amerikaner zur Biotechnologie und auch zu Freisetzungsvorhaben biotechnologisch veränderter Organismen sei positiv, wurde berichtet. Das Mikroelektronik-Center hat 285 festangestellte und 150 freie Mitarbeiter und einen Jahresetat von 43 Millionen Dollar. Dort steht der Computer mit der zur Zeit weltweit größten Rechnerleistung.

Beim Gespräch mit Wirtschaftspolitikern des Repräsentantenhauses wurden die Folgewirkungen der Gründung des Technologieparks erläutert. Um im zunehmenden Wettbewerb von US-Bundesstaaten um die Ansiedlung neuer Unternehmen und höchstqualifizierte Arbeitskräfte nicht nur durch Subventionen mithalten zu können, werde jetzt die Förderung von Risikokapital erwogen. Der Ernährungswirtschaft, der Umwelttechnologie und der Verkehrstechnik werden in North Carolina gute Chancen eingeräumt. Der Gouverneur und der Wirtschaftsminister hielten sich übrigens, während die NRW-Parlamentarier ihren Bundesstaat besuchten, in unserem Lande auf.

Georg Schröder



In New York informierten sich die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses über das Börsengeschehen und amerikanischen Umgang mit Risikokapital, vorn v. l., Laurenz Meyer, Ilka Keller, Ausschußvorsitzende Hannelore Brüning (alle CDU), Wilfried Bergerhoff (SPD), Alexandra Landsberg (GRÜNE), Hans Vorpeil, Heidi Berger, Irmgard Schmid (alle SPD).

## Parlamentarismus im Thüringer Landtag

### Politik mit Gott in der Verfassung

„Aufbau und Leistung des Parlamentarismus in den neuen Bundesländern – eine Zwischenbilanz“ hieß das Thema der Herbsttagung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, zu der Vorstandsmitglied Professor Heinrich Oberreuter (Passau/Tutzing) am 23. und 24. Oktober Abgeordnete, Politikwissenschaftler und Interessierte im Plenarsaal des Thüringer Landtags in Erfurt begrüßte. Der Präsident des Thüringer Landtags bilanzierte, der Aufbau eines funktionierenden parlamentarischen Systems sei gelungen. Die ostdeutschen Referenten erwähnten die größere Lebensnähe der neuen Politiker. Sehr gekränkt äußerten sich Vertreter aller drei Fraktionen über bössartige Presse-Kommentare zu den Diäten für ihren Beruf, den sie selbst als ehrenwert, streß- und erfolgreich ansehen.

Ein Flugzeug gleichzeitig zu reinigen, umzubauen und damit in anderer Richtung weiterzufliegen, das war der Bildvergleich, den ein Jenaer Politikwissenschaftler zum Aufbau des politischen Systems nach dem Zusammenbruch der DDR vortrug. Ein Kollege aus Dresden hatte empirische Daten zum „Amts- und Mandatsverständnis“ der neuen Parlamentarier. Die SED-Herrschaft sei durch eine ganz neue Elite aus technisch-naturwissenschaftlichen Berufen abgelöst worden, die mit eigenen Wertvorstellungen, gesundem Menschenverstand und der Bereitschaft zu lernen bei erheblichen Defiziten auf dem Gebiet des Parlamentsrechts das neue System aufgebaut habe. Die neuen Abgeordneten seien aus dem kirchlichen Umfeld gekommen und hätten sich auch durch Westkontakte vor der Wende ausgezeichnet. Sehr bürgerlicher, trotzdem wahlkreisfern hätten sie gearbeitet. Ihre Bereitschaft zu führen, zur „Veredelung“ der Willensbildung sei geringer ausgeprägt.

Der Präsident des Thüringer Landtags Dr. Frank-Michael Pietsch sah die alles überragende Leistung in der Neufestsetzung von Rechtsnormen nach 60 Jahren Diktatur und im Aufbau eines funktionierenden parlamentarischen Systems. Westdeutsches Niveau sei erreicht, allerdings noch nicht bei der parlamentarischen Kontrolle. Dabei hätten Reformkräfte anfangs einen „dritten Weg“ gewollt, eine direkte Demokratie mit mehr plebiszitären Elementen, berichtete der Präsident, bis 1990 Facharzt für Herz- und Lungenerkrankungen in Bad Berka. Immerhin

seien Volksbegehren, Volksentscheid und der „Bürgerantrag“ in der Verfassung verankert. Die einmalige Chance der Entbürokratisierung hätten die neuen Länder nicht schaffen können. Sie hätten aber einige innovative Schritte getan. So seien Arbeit und Wohnung zwar nicht als einklagbare Rechte, jedoch als Staatsziele in die Landesverfassung aufgenommen worden.

Pietsch erwähnte als weiteres Plus die Soziologie des Thüringer Landtags. Unter den 88 Abgeordneten seien 28 Ingenieure, sieben Naturwissenschaftler, sechs Mediziner, vier Theologen, ferner ein Pianist, ein Dirigent, ein Maler, „nur elf Pädagogen“, fügte er für seine westdeutschen Zuhörer hinzu. Dadurch gebe es in den Ausschüssen oft mehr Fachkunde als in Westparlamenten.

Die Runde der Fraktionen berichtete ebenfalls von Vorzügen der Thüringer Landesverfassung. Die Summe der im Haushalt veranschlagten Personalausgaben darf höchstens 40 Prozent aller Staatsausgaben betragen. Daß der Landtagspräsident, anders als im Westen, beschlossene Gesetze ausfertigt und verkündet, bedeute eine Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung, ebenso das Zitierrecht in den Ausschüssen. Als einziges deutsches Parlament habe Thüringen eine jährliche Diäten-Anpassung nach der „allgemeinen Einkommensentwicklung“ verankert. Und vom CDU-Vertreter wurde erwähnt: In der Präambel sei auch „die Verantwortung vor Gott“ festgeschrieben worden, als Hinweis auf das begrenzte Wirken des Menschen, bemerkenswert bei



Podiumsgespräch von Landtagsmitgliedern der CDU, SPD und PDS, vor der Wende Ingenieur, Pfarrer und Lehrerin von Beruf.

einer jahrzehntelang atheistisch erzogenen Gesellschaft.

Viel Beifall von Teilnehmern aus dem Freistaat bekam der reddegewandte SPD-Abgeordnete für seine Feststellung: „Wir sind weiter als der Westen.“ Die Oppositionssprecherin der PDS beklagte Überheblichkeiten. Mit der Zweidrittelmehrheit der Großen Koalition aus CDU und SPD von 71 zu 17 sei zum Beispiel ein Untersuchungsausschuß nicht durchzusetzen. Trotz ständiger Arbeitsüberlastung könnten die PDS-Abgeordneten aber mit eigenen Fehlern umgehen, sich dazu bekennen und der Öffentlichkeit ohne Hemmung auch ein unterschiedliches Meinungsbild präsentieren.

Solche Einsicht von ostdeutschen Sozialisten hatten Beobachter bei früheren Ost-West-Tagungen nach der Wende häufig vermißt. Sieben Jahre später ist Ähnliches nicht nur zu hören, sondern auch zu lesen. Der Thüringer Landtag stimmte im Juni dem Staatsvertrag mit dem Heiligen Stuhl zu. Dazu sagte laut Landtagszeitung der parteilose, der PDS-Fraktion zugehörige Vizepräsident des Thüringer Landtags, die PDS bestimme ihr Verhältnis zur Religion und zu den Kirchen und fuhr fort, das „Parkett der Kirchen“ sei nicht nur Ausgangspunkt der Wende, sondern auch in der Folgezeit der einzige Ort gewesen, wo ein PDS-Politiker mit würdiger und gleichberechtigter Behandlung habe rechnen können. Vizepräsident Dr. Roland Hahnemann, laut Handbuch konfessionslos wie alle PDS- und fast die Hälfte der SPD-Abgeordneten, zuletzt als Germanist an der Akademie der Wissenschaften der DDR beschäftigt, erklärte: „Wir wissen zu würdigen, daß religiöse Ethik zu verantwortungsvoller Lebens-, Welt- und Gesellschaftsgestaltung befähigt.“

In seinem Schlußvortrag erwähnte auch Thüringens Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel die andere Berufsstruktur („kaum Beamte, wenige Lehrer“) und die tiefsitzende Skepsis der Bevölkerung gegenüber Institutionen und besonders gegenüber den Parteien, bei gleichzeitig hohen Erwartungen an die Politik. Als verfassungsrechtlich problematisch erwähnte er die Ministerpräsidentenkonferenz (nur CDU- und SPD-Politiker) und Koalitionsausschüsse als neuartige Lenkungsorgane. Nachdem er den Bundesrat als konsensförderndes und „exportwürdigstes Verfassungsorgan“ empfohlen hatte, schloß der Thüringer Regierungschef mit der Bemerkung, der Westen könne vom Osten lernen und umgekehrt.

mmg



Eine Delegation venezolanischer Jugendpolitiker hat den Landtag besucht und mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Annegret Krauskopf (SPD, l.), Gespräche über Situation und Probleme von Familien, über die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen sowie über Jugendarbeitslosigkeit in beiden Ländern geführt. Auf dem Bild (v. l.): Hildegard Bockhorst, Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (BKJ), Ausschußvorsitzende Krauskopf, Dr. Walter Bossa, venezolanischer Vizejugendminister, Maria-Cristina Requiz, Abteilungsleiterin im venezolanischen Jugendministerium, Professor Dr. Max Fuchs, BKJ-Vorsitzender und Direktor der Akademie Remscheid, Dolmetscherin Barbara Krings, Rolf Witte, BKJ-Bildungsreferent und Ausschußassistent Frank Schlichting. Foto: Schälte

## „Wir betonen unser Recht auf Einmischung“

Der Ausschuß für Kinder, Jugendliche und Familie hat sich am 23. Oktober unter der Leitung der Vorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) unter anderem mit der Integration Behinderter im Kindergarten und der interministeriellen Projektgruppe „Politik für Kinder und Familie“ beschäftigt.

Der Kinderbeauftragte der Landesregierung, Dr. Reinald Eichholz, bezeichnete in seinem Kurzbericht die Projektgruppe als Teil einer Strategie, der Politik für Kinder einen höheren Stellenwert zu verschaffen und in diesem Zusammenhang die Koordination und Kooperation innerhalb der Landesregierung zu stärken. Die Politik für Kinder folge zwei grundsätzlichen Gesichtspunkten; zum einen sollten die Rechte der Kinder gestärkt werden, andererseits gehe es darum, praktische Kinderfreundlichkeit durchzusetzen. Neben der Projektgruppe gebe es — Eichholz nannte hier unter anderem die Konferenz der 34 kommunalen Kinderbeauftragten — weitere kinderpolitisch tragfähige Strukturen, die dazu beitragen, Politik für Kinder und die Meinungsbildung zur Politik für Kinder zu verstetigen und zu intensivieren.

Dabei erhebe die interministerielle Arbeitsgruppe nicht den Anspruch, in sämtliche Angelegenheiten kinderpolitischer Bedeutung eingeschaltet zu werden. Es gehe vielmehr um Anstöße und weniger um zusätzliche Verfahrensgänge. Man bestehe allerdings auf dem Recht sich einzumischen, wenn man es für erforderlich halte. So wie



„Rassismus — mit diesem Begriff verbinden wir Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Mord. Nicht nur Deutschland, sondern alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union empfinden dies als aktuelles und gravierendes Problem. Aber wir Deutschen stehen in einer besonderen historischen Verantwortung.“ Mit diesen Worten eröffnete Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) die Ausstellung „Gegen Rassismus“ in der Wandelhalle des Landtags. Gewalt aber könne nur stattfinden und sich ausbreiten, wenn die Dabeistehenden wegschauten. Gewalt sei immer auf Ignoranz und Gleichgültigkeit angewiesen. Die Kommission der Europäischen Union habe aus der anhaltenden Präsenz von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den Mitgliedsstaaten Konsequenzen gezogen. Sie habe deshalb das Jahr 1997 zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ erklärt. Mit dieser Fotoausstellung wolle der Landtag die Aufforderung unterstützen, folgte der Präsident. Die künstlerische Arbeit oblag dem Fotografen Peter Liedtke. Eine Einführung gab die GRÜNE-Abgeordnete Christiane Bainski (am Pult).  
Foto: Schälte

es geschehe, nämlich in die Ämter übergreifenden Arbeitskreisen, trage man dazu bei, die „versäulten und segmentierten Zustän-

digkeiten ein bißchen aufzulösen“ und dafür zu sorgen, daß die Lebensverhältnisse der Kinder nicht auseinandergerissen werden. Auch die Überlegungen zur Ergänzung der Landesverfassung um Rechte für Kinder würden ihren Part dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts enger werden zu lassen.

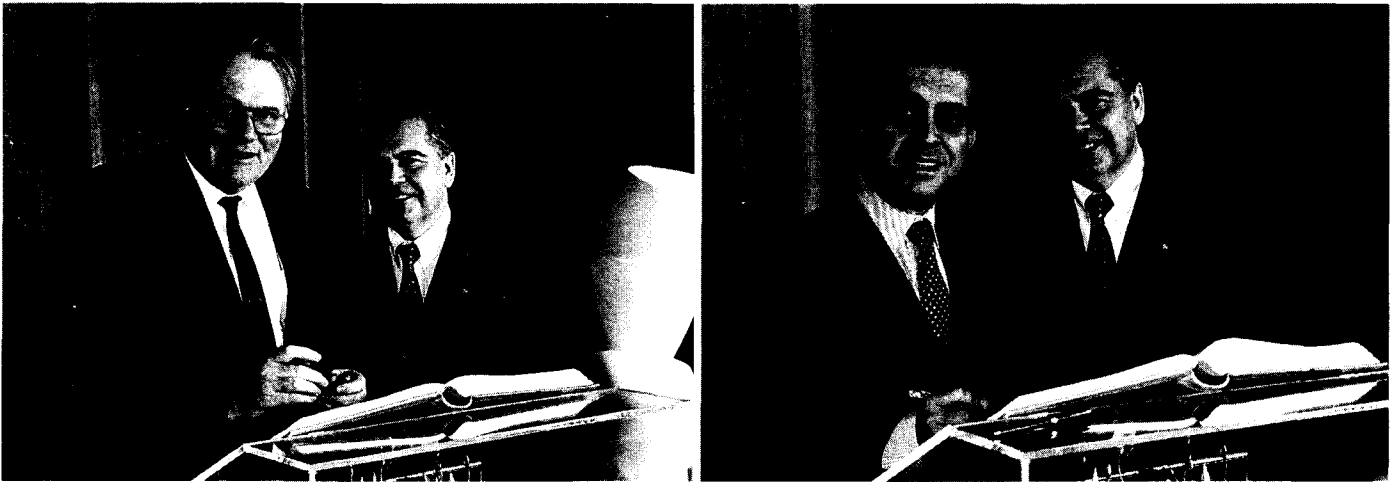
Schon seit 1975 gebe es im Lande Kindertageseinrichtungen, die sich um die integrative Erziehung von Kindern bemühten, erklärte Ministerialdirigent Wolfram G. Schorn vom MAGS. Diese und weitere Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Verbindung sozialpädagogischer und heilpädagogischer Methoden ein positives Element einbringe, „das im Ergebnis allen Kindern nützt, den behinderten wie auch den nichtbehinderten. Aus ursprünglicher Sicht war das nicht so ganz selbstverständlich“.

Unterdessen sei ein Stand zwischen den Beteiligten erreicht worden, der es geraten erscheinen lasse, einen Erlaß vorzubereiten. In ihm sollen erstmalig die heilpädagogischen Standards — Gruppenformen, Gruppenstärken, personelle Besetzung, Beratung, Betreuungsdauer — für Einrichtungsformen verschiedener Art einheitlich und übereinstimmend geregelt werden.

Zum Schluß nannte Schorn einige Daten (Stand Oktober des Vorjahres). So besuchten im Land insgesamt 2900 Kinder mit Behinderungen insgesamt 232 integrative Kindergärten und Schwerpunkteinrichtungen sowie 650 Regelkindergärten mit Einzelintegration. Gleichzeitig seien in 168 heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen und additiven Kindergärten über 4500 Kinder mit Behinderungen betreut worden.



Eine Delegation russischer Fachleute aus der Region Nishnij Nowgorod hat NRW besucht, um sich über Möglichkeiten und Probleme im Umgang mit neureligiösen Bewegungen, Sekten und Psychokulten zu informieren. Der Austausch fand im Rahmen des vom Arbeits- und Sozialministerium geförderten Austauschprogramms „Neue Brücken bauen“ statt. Neben Gesprächen u. a. mit dem Informations- und Dokumentationszentrum Sekten/Psychokulte (IDZ) bei der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW in Köln stand auch ein Besuch des Landtages auf dem Programm, wo die Delegation vom SPD-Abgeordneten Jürgen Jentsch (M.), Mitglied des Präsidiums des Landparlaments und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW, begrüßt wurde. Ein regelmäßiger Informationsaustausch wurde vereinbart.  
Foto: Schälte



Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Kock (im linken Bild links), ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) zu einem Antrittsbesuch empfangen worden. — Ebenfalls seinen Antrittsbesuch beim Landtagspräsidenten machte der türkische Generalkonsul Mehmet Dönmez (im rechten Bild links).

Fotos: Schälte

## Wichtige Spiele sollen kostenfrei übertragen werden

Die „Sportfraktion“ im Düsseldorfer Landtag ist fest entschlossen, in der Frage der kostenlosen und freien Verfügbarkeit von Live-Übertragungen sportlicher Großereignisse im Fernsehen am Ball zu bleiben. Das wurde in der Sitzung des Sportausschusses am 27. Oktober unter der Leitung von Heinz-Helmich van Schewick (CDU) deutlich. Allerdings zeigten sich Bewertungsunterschiede in der Frage, ob wichtige Fußballspiele dem Bereich des „Entertainment“ zuzurechnen seien oder ob auch ihnen die dem Sport eigene Integrationskraft und der Vorbildcharakter für die Jugend zuzusprechen sei. Es herrschte übereinstimmend der Eindruck vor, daß man erst am Anfang einer Entwicklung steht, die in ihren Konsequen-

zen noch nicht abzusehen sei und weit mehr Bereiche als nur den Sport erfassen werde.

Vor den Mitgliedern des Sportausschusses referierte der Chef der Staatskanzlei, Dr. Rüdiger Frohn, den Stand der Gespräche um die kostenfreie Übertragung wichtiger sportlicher Ereignisse. Der Staatssekretär erläuterte in der von den Fraktionen gemeinsam auf die Tagesordnung der Sitzung gesetzten Aktuellen Viertelstunde, daß die Fernsehrichtlinie der EU es jedem Staat überlasse, eine Liste nationaler und internationaler Ereignisse von gesellschaftlicher Bedeutung aufzustellen, um einem bedeutenden Teil der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, diese Veranstaltungen in frei zugänglicher Form in den Medien zu verfolgen.

Derzeit bewege sich in Deutschland die Debatte um die Frage, ob eine solche Liste erlassen werden soll oder ob eine freiwillige

Vereinbarung zwischen den Beteiligten vorzuziehen sei, die dann nach Vorstellung der Ministerpräsidenten der Bundesländer beispielsweise die Olympischen Spiele, die Welt- und Europameisterschaften im Fußball und die DFB-Pokalendspiele umfassen sollte. Die Meinung der Länder tendiere in Richtung gesetzlicher Regelung, eine freiwillige Vereinbarung sei nur zu billigen, wenn sie die gleichen Vorteile wie eine gesetzliche Regelung biete und rechtlich abgesichert werde.

Der stellvertretende Ausschußvorsitzende van Schewick monierte an der Debatte, wie sie zur Zeit öffentlich geführt werde, daß im Streit um die wirtschaftliche Verwertung von Übertragungsrechten der Sport viel zu kurz komme. Und die Sportverbände seien nicht gut beraten, wenn sie die gesellschaftliche Funktion des Sports aus dem Blick verlären. In dieser Situation sei es Aufgabe aller Sportpolitiker, engagiert ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrzunehmen.

## Neue Struktur bei Eigenunfallversicherung

Im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) hatten Ende Oktober die Vertreter der Eigenunfallversicherungen (EUV) der vier Großstädte Köln, Düsseldorf, Dortmund und Essen sowie Vertreter der Gemeindeunfallversicherungsverbände (GUV) des Rheinlandes und Westfalen-Lippe Gelegenheit, zu einem Verordnungsentwurf zur Neuorganisation der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand Stellung zu nehmen.

Nach der Rechtslage bis 31. Dezember 1996 waren die vier genannten Städte selbst Träger der Unfallversicherung für ihre Versicherten und Unternehmen. Das ist nun kraft Bundesrecht nicht mehr möglich. Wenn für sie keine eigenen selbständigen Unfallkassen errichtet werden, müssen sie bis zum Ablauf dieses Jahres in den Zuständigkeitsbereich eines anderen kommunalen Trägers überführt werden. (Fortsetzung Seite 19)



Eine Delegation des steiermärkischen Landtags unter der Leitung seines Präsidenten Diplom-Ingenieur Franz Hasiba (M.) hat den Landtag besucht und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (3. v. l.) empfangen worden. An der Begrüßung der österreichischen Gäste nahmen auch zahlreiche Abgeordnete teil. Foto: Schälte



# Fraktionen ziehen Bilanz zur Mitte der Wahlperiode

## Im Mittelpunkt: Ausbildung, Arbeit und solide Finanzen

Von  
Klaus Matthiesen

Nichts ist derzeit wichtiger als die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Zukunft des Industrie- und Dienstleistungsstandortes NRW entscheidet sich an der Frage, ob es uns angesichts neuer Herausforderungen auch in Zukunft gelingt, einen Strukturwandel ohne soziale Brüche zu gestalten.

Drei Schwerpunkte stehen beispielgebend für die Arbeit der SPD-Fraktion in der ersten Halbzeit der Legislaturperiode. Mit dem „Ausbildungskonsens NRW“ ist es gelungen, in Nordrhein-Westfalen mehr zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen als in anderen Bundesländern. Das sogenannte „Kommunalisierungsmodell“ soll den Städten und Gemeinden die Möglichkeit geben, mit geringerem finanziellen Aufwand ihre Aufgaben zu erfüllen. Mit ihrer „Innovationsoffensive für den Standort NRW“ zeigt die SPD-Landtagsfraktion Wege auf, mit denen NRW auch in Zukunft ein moderner und leistungsstarker Industrie- und Dienstleistungsstandort bleibt.

„Jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet.“ Das ist der Kernsatz des Ausbildungskonsenses vom 13. September 1996. Das ist zugleich eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben. Der Konsens hat in Nordrhein-Westfalen all diejenigen zusammengeführt, die zusammengehören, um jungen Menschen Chance und Perspektive durch Ausbildung zu geben. Dieser Ausbildungskonsens ist einmalig in Deutschland.

Das Kommunalisierungsmodell soll Städten und Gemeinden mehr Eigenverantwortung geben und deren Selbständigkeit stärken. Für einen Zeitraum von fünf Jahren sollen Kommunen, die das wünschen, von bestimmten landesrechtlichen Vorgaben freigestellt werden. Die Gemeinden sollen erproben können, ob sie Aufgaben in eigener Verantwortung ohne Qualitätsabstriche effizienter und kostengünstiger erfüllen können.

Der dritte herausragende Punkt der ersten Halbzeit der laufenden Legislaturperiode ist die „Innovationsoffensive für den Standort NRW“. Mit ihr sollen die landespolitischen Möglichkeiten noch intensiver genutzt werden. Sie ist kein abschließender Handlungskatalog, sondern ein erster Einstieg in dieses zentrale Thema und ein Anreiz dafür, mit der SPD-Fraktion in den Dialog darüber einzutreten: Wie schaffen wir mehr Erwerbsarbeit?

Unsere Ansatzpunkte sind:

- eine gründliche Weiterentwicklung aller gesellschaftlichen Systeme, die für die Produktion von Know-how am Standort Deutschland Verantwortung tragen: die schulische Bildung, die berufliche Bildung, die akademische Bildung und nicht zuletzt die Forschungs- und Technologiestätten unseres Landes;

- eine fortlaufende Verbesserung der Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturen, insbesondere im Verkehrswesen;

- eine Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik durch Gründungsoffensive und Risikokapital;

- eine Weiterentwicklung unserer beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente;

- eine Weiterentwicklung des Umweltschutzes hin zu produktionsintegrierten Verfahren und rechtsstaatliche, aber wesentlich schnellere Genehmigungsverfahren;

- eine zielgenaue Verbesserung der Instrumente in der Technologie- und Forschungsförderung;

- eine an Flexibilität und Kreativität orientierte Reform der Hochschulen;

- und eine Revitalisierung der regionalisierten Strukturpolitik.

## Rot-grüner Stillstand lähmt das Land

Von  
Dr. Helmut Linssen

Zweieinhalb Jahre nach der Landtagswahl im Mai 1995 wird Nordrhein-Westfalen durch eine Landesregierung gelähmt, die weder zu konstruktiver Politikgestaltung noch zu kompetenter Sacharbeit in der Lage ist.

NRW leidet unter einem Rückstand im Wirtschaftswachstum, unter einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote, unter einer für den Arbeitsmarkt schwerwiegenden Handwerker- und Selbständigenlücke. Die rot-grüne Industrie- und Technologiefeindlichkeit führt dazu, daß mögliche Investoren abgeschreckt werden und in zunehmendem Maße ins benachbarte Ausland abwandern.

Diese Landesregierung ist verantwortlich dafür, daß in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit der höchsten Energieproduktion, ein 20 Milliarden schweres Investitionsprogramm für den Bau leistungsfähiger und umweltfreundlicher Braunkohlekraftwerke auf Eis liegt. Wichtige Entscheidungen für den Luftverkehr und den Autobahnbau werden blockiert. Auch im Bereich der Finanzpolitik versagt Rot-Grün auf der ganzen Linie: Von einer Begrenzung der Neuverschuldung ist schon lange nicht mehr die Rede, ebensowenig von einem erstgemeinten Abbau bei den Verwaltungsplanstellen. Der Anteil der Investitionen am Landeshaushalt — ein wichtiger Baustein für eine solide Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik — liegt inzwischen bei nur noch 10,5 Prozent. Im Jahre 1982 hatte die Investitionsquote noch bei 20,7 Prozent gelegen.

Unter den Händen sozialdemokratischer und grüner Ideologen rutscht die Bildungspolitik von einem Notstand in den nächsten. Auf dem Rücken von Schülern, Eltern und Lehrern werden wirklichkeitsfremde Experimente diskutiert und in Angriff genommen, die alles andere als eine Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen der jungen Menschen in unserem Lande zur Folge haben.

Zu unguter Letzt mutet Rot-Grün den Kommunen und den Bürgern Mittelkürzungen und finanzielle Belastungen in nahezu allen Bereichen des politischen Alltags zu — sei es bei Ortsumgehungen oder Bürgerkriegsflüchtlingen, bei der Kulturförderung oder den Abwassergebühren.

Bereits zur Halbzeit der Wahlperiode steht fest: Diese rot-grüne Koalition ist für unser Land verhängnisvoll. Der grüne Apfel, in den Ministerpräsident Johannes Rau damals eigentlich nicht beißen wollte, ist den Menschen in Nordrhein-Westfalen im Halse stecken geblieben.

## Wenn da nicht Garzweiler II wäre ...

Von  
Gisela Nacken und Roland Appel

Die Hälfte der Legislaturperiode ist vorbei, und wäre da nicht das ungelöste Thema Tagebau Garzweiler II, könnte man sich durchaus zufrieden zurücklehnen und sagen: Rot-grün war und ist gut für NRW. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in dieser Regierung, die von Anfang an kein Zuckerschlecken war, nicht alles, aber doch eine ganze Menge erreicht.

Das gilt in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, wo wir mit dem Migrationsausschuß und dem Migrationsinstitut, der Flüchtlingsberatung, der Härtefallkommission und durch die hartnäckige Arbeit unserer Abgeordneten im Petitionsausschuß Menschen vor der Abschiebung in eine unsichere Zukunft oder gar lebensbedrohliche Situation bewahren bzw. unverhältnismäßige Härten vermeiden helfen konnten. Daß seit Sommer 1997 in NRW ein differenzierter Abschiebestopp für bosnische Flüchtlinge gilt, daß wir einen — wenn auch nur befristeten Abschiebestopp für Albanierinnen und Albaner erreichen konnten und daß wir die Zahl der Abschiebehäftlinge mehr als halbiert haben, ist ein Erfolg unserer Arbeit in dieser Koalition.

Zwei große Anfragen aus dem Bereich der Frauenpolitik — eine zum Thema „Frauenhandel in NRW“, die andere zu „NRW und die Informationsgesellschaft — Wie kann sie ökologisch, sozial und geschlechterdemokratisch gestaltet werden?“ haben neue Ansätze für die Arbeit dieser Koalition gebracht. Mit besonderem Augenmerk auf die Situation der Opfer wurden zahlreiche Anträge im Landtag beschlossen, deren Umsetzung wir mit Argusaugen begleiten werden.

Mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den nächsten Kommunalwahlen geben wir den Jugendlichen die Möglichkeit, sich aktiv in den politischen Willensprozeß einzumischen. Zu den Pflichten, die jeder 16- bis 17jährige schon heute hat, gesellt sich nun auch sein Recht, an der Wahl seiner Vertreter teilnehmen zu können. Die Belange der Jugendlichen erlangen so einen ganz neuen Stellenwert im politischen Tagesgeschäft.

In der Wirtschaftspolitik wird allmählich ein Kurswechsel hin zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Arbeits- und Ausbildungsplatzzuwächse zu verzeichnen haben, erkennbar.

Ähnliches gilt für die Verkehrspolitik. Obwohl noch einiges entfernt von einer Verkehrswende, die diesen Namen auch verdient, haben wir doch durch die Einführung des Integralen Taktfahrplans, durch das Schieneninvestitionsprogramm und durch die Kürzung der Mittel für den Straßenneubau eine deutliche Akzentverschiebung „Weg von der Straße — hin zum ÖPNV“ erreichen können.

Bleibt als Fazit festzustellen: Wäre es nach uns gegangen, hätten wir in diesen ersten Jahren der rot-grünen Koalition noch weit mehr umsetzen können. Aber wir haben Geduld mit unserem Koalitionspartner und vor allen Dingen Ausdauer und einen langen Atem!

## SPD-Fraktion

### Selbsthilfearbeit von Frauen und Mädchen mit Behinderungen

Frauenpolitikerinnen der SPD-Landtagsfraktion und die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers, haben heute die Geschäftsstelle des Netzwerks „Frauen und Mädchen mit Behinderungen“ in Münster besucht. Dazu stellte Brigitte Speth, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion fest:

„Es ist richtig, wenn sich Frauen und Mädchen mit Behinderungen selbst organisieren und mit hoher Energie die Lösung von Problemen angehen, die ihnen unsere Gesellschaft nach wie vor in vielen Lebensbereichen bereitet. Sie wollen ihre Probleme mit Kompetenz selbst lösen. Viele tägliche Erfahrungen machen ihnen klar, daß behinderte Frauen doppelt benachteiligt sind: als Behinderte gegenüber Nichtbehinderten und als behinderte Frauen gegenüber behinderten Männern.“

Brigitte Speth stellte heraus, daß das „Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderungen“ in Münster bei dem Aufbau und der Vernetzung der Selbsthilfearbeit wertvolle Hilfe leiste. Deshalb werde es seit seiner Gründung auch mit Mitteln des Landes finanziell unterstützt. Mit den Geldern konnten bestehende Beratungsangebote weiterentwickelt und berufliche Rehabilitationsmaßnahmen angeboten werden sowie vor allem die notwendige Vernetzung der unterschiedlichen Selbsthilfeorganisationen im Land koordiniert und gestärkt werden.

Brigitte Speth: „Wir werden auch 1998 das Netzwerk weiter finanziell fördern, damit die doppelte Benachteiligung von behinderten Frauen und Mädchen weiter abgebaut werden kann. Über 55 Prozent von ihnen verfügen über keine abgeschlossene berufliche Ausbildung, 41 Prozent von ihnen haben ein Nettoeinkommen von weniger als 1400 Mark, über 18000 schwerbehinderte Frauen sind arbeitslos gemeldet. Dabei müssen wir davon ausgehen, daß tatsächlich viel mehr arbeitslos sind. Viele Frauen haben sich resigniert vom Arbeitsamt und dem Arbeitsmarkt zurückgezogen und die Hoffnung auf Arbeit aufgegeben. Hier gibt es noch viel zu tun, und das Netzwerk ist die richtige Stelle dafür.“

★

Die SPD-Fraktion möchte, daß der Tierschutz im Grundgesetz verankert wird. Im Antrag heißt es:

„Tiere sind Mitgeschöpfe des Menschen. Sie haben die Fähigkeit, zu empfinden und zu leiden. Daraus folgt für den Menschen die Verpflichtung, ihr Leben und ihr Wohlbefinden zu schützen und ihnen ohne vernünftigen Grund weder Schmerzen noch Leiden noch Schäden zuzufügen.“

Das Ziel des Tierschutzes muß in der Gesetzesanwendung und in der Rechtsprechung bei der Abwägung gegenüber anderen Rechtsgütern eine größere Bedeutung erhalten, ohne daß die Nutzung von Tieren ausgeschlossen werden darf.

Aus diesem Grund ist es erforderlich, den Tierschutz als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Der Landtag begrüßt die dahingehenden Initiativen im Bundesrat und bittet die Landesregierung darauf hinzuwirken, daß ein von einer möglichst breiten Mehrheit getragener Gesetzesvorschlag des Bundesrates zustande kommt.“

## CDU-Fraktion

### Resozialisierung kann Strafrecht nicht ersetzen

„Während alle Verantwortlichen über ein härteres Vorgehen bei der Verbrechensbekämpfung diskutieren, versuchen die GRÜNEN den Salto mortale. Die Innere Sicherheit bleibt ein ungeliebtes Kind der GRÜNEN und ein nicht verstandenes zudem“, erklärte Maria Theresia Opladen, die rechtspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion. „Kriminalitätsbekämpfung ist mehr als Ursachenforschung und das unermüdliche Bemühen um die Resozialisierung des Täters. Kriminalitätsbekämpfung ist auch Schutz der Allgemeinheit und des Opfers.“ Den GRÜNEN als der „Partei des Luxus“ gehe es jedoch nach den Worten der CDU-Politikerin nach wie vor in der Hauptsache um den Schutz des Täters vor dem Staat und der Polizei. Das besondere Rechtsverständnis der GRÜNEN gipfele in Forderungen wie „gemeinnützige Arbeit als Alternative zu Geld- oder Haftstrafen“, Herabsetzung der Mindest- und Höchststrafe und der Aussetzung von Geldstrafen zur Bewährung. Schließlich solle die lebenslange Freiheitsstrafe abgeschafft werden. „Wie inhuman die Folgen für das Opfer sind, darüber schweigt die Partei. Das sind grüne Utopien, die völlig an der Wirklichkeit vorbeigehen. Die GRÜNEN glauben immer noch an das Gute im verummten Menschen. Das ist entweder Wahltaktik oder verkorkste Überzeugung — in jedem Fall entspricht es nicht unserem Verständnis eines Rechtsstaates“, erklärte die CDU-Rechtsexpertin.

#### Schwarzer-Peter-Spiel der Koalition

„Nach Ergebnissen, die diese Koalition für das Land NRW zustande gebracht hat, wird noch gefahndet. Seit März 1995 hat sich in Nordrhein-Westfalen nichts Entscheidendes verändert“, erklärte CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen zu dem rot-grünen Dauerstreit in der Landesregierung. Die CDU-Landtagsfraktion geht davon aus, „daß das Schwarzer-Peter-Spiel weitergeht“. „Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen ekelt eine solche Haltung der Koalition an“, sagte Linssen weiter. Die CDU-Landtagsfraktion werde jedenfalls „nicht auf den Tag X spekulieren; wir werden der SPD weder Gespräche noch eine Koalition anbieten“, stellte Linssen klar.

„Wenn die Chaoskoalition den Streit um Garzweiler II beilegen will, knicken entweder die GRÜNEN ein — oder die SPD betreibt Verrat nicht nur an den Arbeitnehmern in den betroffenen Regionen, sondern auch an allen Zulieferfirmen.“

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### NRW soll sich bei Abstimmung zum HRG im Bundesrat enthalten

Im Vorfeld der Sitzung des Bundesrats am 07. November 1997, auf der über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Hochschulrahmengesetz (HRG) abgestimmt wird, hat die GRÜNE Landtagsfraktion gestern intensiv über die geplanten Änderungen des HRG diskutiert.

Die Landtagsfraktion lehnt den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes ab. Er ist kontraproduktiv im Hinblick auf eine zukunftsgerichtete Hochschulentwicklung und Reform des Studiums.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, daß zentrale Grundfragen des Hochschulbereichs, wie z. B. das Verhältnis der Hochschulen zu Gesellschaft und Staat, ihre innere Organisation, die zeitgemäße Ausgestaltung der Rechte und Pflichten der Hochschulmitglieder im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe, die Reform der Personalstruktur, die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen von Forschung, Lehre und Studium, die Reform der Studienstruktur — in einem novellierten HRG aufgegriffen und im Rahmen einer neuen Systematik und Struktur geregelt werden müssen.

Es ist falsch, daß wesentliche Punkte für eine grundlegende Verbesserung im Hochschulbereich, wie die Reform der Personalstruktur, die Einführung von mehr Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für die nicht-professoralen Mitgliedsgruppen an der Hochschule, ausgeblendet oder in das Belieben der Länder gestellt werden sollen. Außerdem ist die Förderung von Frauen im Hochschulbereich nicht als zentrale Aufgabe im Hinblick auf eine strukturelle und inhaltliche Reform der Hochschulen verankert worden. Der Einführung von Studiengebühren wurde auch kein Riegel vorgeschoben. Die Verfaßte Studierendenschaft ist dagegen weiterhin nur als „Kann“-Bestimmung vorgesehen und bleibt so den Bundesländern freigestellt. Die Ausweitung der Aufgaben der Verfaßten Studierendenschaft auf die gesellschaftlichen Belange ihrer Mitglieder wurde ebenfalls nicht vorgenommen. Die geplante Änderung des Hochschulzugangs zugunsten von Auswahlverfahren wird von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Erfahrungsgemäß steht bei zusätzlichen Auswahlverfahren Aufwand und Erkenntnisgewinn in keinem sinnvollen Verhältnis. Abitur und Fachabitur sind die geeigneten Voraussetzungen für ein Studium.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## Neue Struktur...

(Fortsetzung von Seite 16)

nenal Unfallversicherungsträgers einbezogen werden. Nach dem Entwurf des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) sollen ihre Aufgaben auf die GUV übertragen werden.

Die Rechtsverordnung des MAGS widerspreche, so die EUV-Vertreter, allen modernen Erkenntnissen über die optimale Aufbauorganisation von öffentlichen Verwaltungen. Heute seien die Kommunen dann schlagkräftig und arbeiteten wirtschaftlich, wenn sie ihre Strukturen dezentralisierten. Aus Sicht der EUV Düsseldorf kommen zu den sich erhöhenden Beiträgen auch noch remanente Personalkosten. Der Rheinische GUV habe aus seiner Sicht den EUV eine flexible Verwaltung zu bieten, die eine effektive Aufgabenerfüllung gewährleisten werde. Der GUV Westfalen-Lippe werde auch prüfen, ob an anderen Standorten Verwaltungsstützpunkte zu errichten seien. Hermann-Josef Arentz (CDU) kritisierte, daß den EUV nicht ausreichend Gelegenheit gegeben worden sei, mit ihren Einwendungen einzuwirken und lehnte den Entwurf in der vorliegenden Form ab.

Daniel Kreutz (GRÜNE) begrüßte, daß es in der Selbstverwaltung des Rheinischen GUV Überlegungen gebe, hinsichtlich der Beiträge für die EUV Entschärfungen zu reflektieren. Wolfram Kuschke (SPD) betonte, daß Strukturen so geregelt werden müßten, daß sie auch künftig Bestand hätten. Selbst unter voller Berücksichtigung der Bedeutung gewachsener Strukturen und der kommunalen Selbstverwaltung komme man nicht daran vorbei, eine landespolitische Entscheidung zu fällen. Er regte an, daß die Landesregierung, ohne die Selbstverwaltung zu verletzen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen solle, Bemühungen der beiden GUV zu fördern, die Probleme, die von den Eigenunfallversicherungsträgern vorgetragen worden seien, aufzufangen. Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) wandte ein, die Zuständigkeiten ließen es nicht zu, daß er in gestalterische Fragen eingreife. Die angesprochenen Aspekte unterlägen nach seiner Einschätzung der Regelungskompetenz der Selbstverwaltung der Unfallversicherungen. *Frank Schlichting*

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Gerards, Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD),  
Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt  
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands;  
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;  
Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine  
Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag,  
Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestellt, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Dietrich Thiede (CDU)

*Unter den vielen Millionen Deutschen, die 1945 aus den damaligen Ostprovinzen flüchteten oder ausgewiesen wurden, war auch der gebürtige Schneidemühler Dietrich Thiede. Damals acht Jahre alt, verschlug es ihn mit seiner Mutter und den zwei Geschwistern von Pommern nach Westfalen. Unter den damals schwierigen Bedingungen absolvierte er in Herford die mittlere Reife, besuchte die Handelsschule, machte die Ausbildung zum Speditionskaufmann und wurde später Versandleiter einer Möbelfabrik.*

*Ende der sechziger Jahre fand der heutige CDU-Landtagsabgeordnete ein neues Tätigkeitsfeld, das auch seinen persönlichen Interessen entsprach: Er wurde Berufsberater und widmete sich bis zu seinem Einzug ins Landesparlament 1995 insbesondere behinderten arbeitssuchenden Jugendlichen. Eine ehrgeizige Aufgabe.*

*Erst als 35jähriger trat Dietrich Thiede der CDU bei – als „Protest gegen die damalige Ostpolitik der Brandt-Regierung“, wie er sich heute noch erinnert. Bereits knapp drei Jahre später wurde der Herforder in den Kreistag gewählt und engagierte sich dort aufgrund seiner beruflichen Erfahrung im Schulbereich. Seit 1989 ist er stellvertretender Landrat und gleichzeitig Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe. Seine dortigen Schwerpunkte: Jugend- und Gesundheitspolitik. Und in der Partei folgte dem Vorsitz der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) 1979 der des CDU-Kreisverbandes. Dieses Führungsamt hat Dietrich Thiede auch heute noch inne.*

*Im zweiten Anlauf schaffte es der Christdemokrat über die Landesreserveliste im Mai 1995 in den Landtag einzuziehen. Als „Neuling“ habe man es schwer, sich zunächst zurechtzufinden, meint er. Doch Fraktion und Verwaltung halfen ihm, die ersten Hürden zu nehmen.*

*Der Herforder engagiert sich heute im Petitionsausschuß und im Ausschuß für Kommunalpolitik – übrigens, zwei „Wunsch-“Gremien. So könnten die Parlamentarier im Peti-*

*tionsausschuß vielen Klagen der Bürger nachgehen und ihnen bei berechtigten Anliegen auch helfen. Insbesondere der Sozialbereich sei so kompliziert, daß selbst ein guter Rat für zahlreiche Hilfesuchende von Nutzen sei.*

*Nach wie vor beschäftigen den CDU-Abgeordneten aber auch jene Jugendlichen, die bei der rasanten technischen Fortentwicklung auch den steigenden Anforderungen der Schule nicht mehr gewachsen sind und sie ohne einen Abschluß verlassen. Sie finden dann keine Lehrstelle. Der CDU-Politiker fordert daher ein Umdenken in der Ausbildungspolitik. Bei der Schaffung neuer Ausbildungsgänge müsse man auch an jene Jugendlichen denken. „Das muß doch in einer arbeitsteiligen Gesellschaft möglich sein.“*

*Einst selbst am Schlagbaß in einer Band, ist Dietrich Thiede auch heute noch ein begeisterter Jazz-Hörer. Für den Besuch von Konzerten bleibt allerdings kaum Zeit. Denn neben der parlamentarischen Tätigkeit im Landtag und Kreistag widmet sich der CDU-Kreisvorsitzende auch den neun Ortsverbänden seiner Partei. So bleibt schließlich meist nur die Gartenarbeit als willkommener Ausgleich zu einer terminprallen Woche.*

Jochen Juretko

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 6. bis 25. November 1997

- 6.11. **Brigitte Speth** (SPD), 53 J.  
 8.11. **Ruth Hieronymi** (CDU), 50 J.  
 12.11. **Hermann-Josef Schmitz** (CDU),  
 61 J.  
 13.11. **Dietrich Thiede** (CDU), 60 J.  
 14.11. **Jürgen Thulke** (SPD), 59 J.  
 15.11. **Werner Bischoff** (SPD), 50 J.  
 16.11. **Gerd-Peter Wolf** (SPD), 46 J.  
 17.11. **Heinrich Meyers** (CDU), 59 J.  
 17.11. **Monika Brunert-Jetter** (CDU), 42 J.  
 19.11. **Siegfried Zellnig** (CDU), 56 J.  
 20.11. **Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE), 40 J.  
 22.11. **Wilhelm Lüke** (CDU), 63 J.  
 24.11. **Norbert Burger** (SPD), 65 J.  
 25.11. **Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD),  
 67 J.

★

**Loke Mernizka** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist auf Vorschlag der drei Fraktionen vom Landtag zum stellvertretenden Mitglied für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Union benannt worden. Als ordentliches Mitglied für die am 26. Januar 1998 beginnende zweite Amtsperiode des Ausschusses der Regionen hat die Landesregierung bereits den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, **Dr. Manfred Dammeier** (SPD), benannt.

★

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) und **Marie-Theres Ley** (CDU), beide Landtagsabgeordnete, sind auf dem Bezirksparteitag der CDU-Mittelrhein mit jeweils mehr als 60 Stimmen zu stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksverbandes gewählt worden. 70 von 70 gültigen Stimmen erhielt der Vorsitzende **Karl Lamers**.

★

**Dietrich Thiede** (CDU) begeht am 13. November seinen 60. Geburtstag. Aus Schneidemühl stammend, machte er nach der mittleren Reife 1956 eine Ausbildung zum Speditionskaufmann und war bis 1965 Versandleiter einer Möbelfabrik. Dann sattelte er um und ließ sich zum Berufsberater in Herford ausbilden. Zuletzt war er erster Berufsberater für Behinderte. Der CDU gehört Dietrich Thiede seit 1972, dem Landtag seit 1995 an. Hier ist er Mitglied im Ausschuß für Kommunalpolitik und im Petitionsausschuß (siehe auch „Porträt der Woche“).

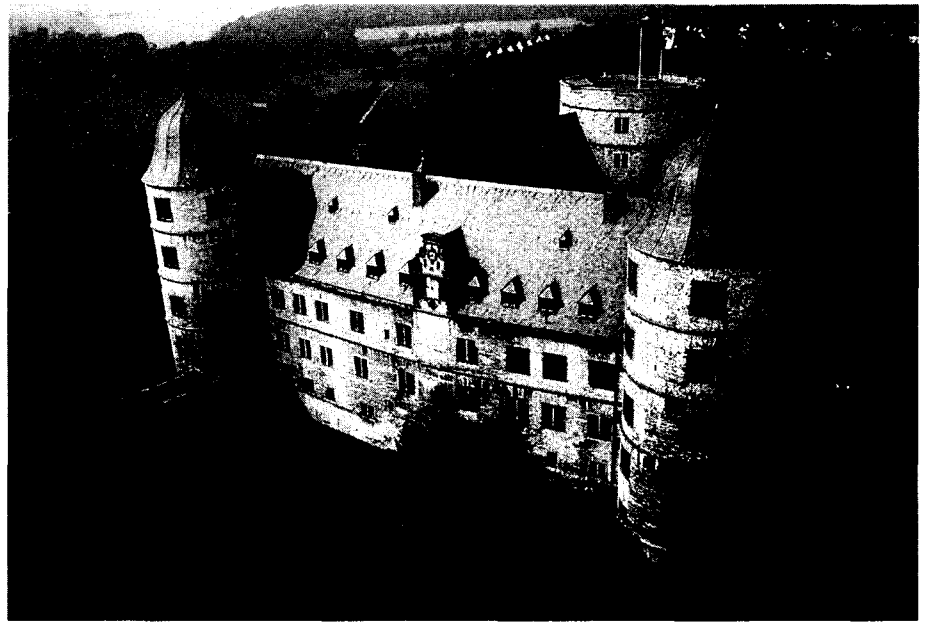
★

**Werner Bischoff** (SPD) vollendet am 15. November sein 50. Lebensjahr. In Gelsenkirchen gebürtig, ließ er sich nach dem Schulbesuch zum Ziseleur ausbilden. Nach dem Zivildienst wurde er 1979 Sekretär der IG Chemie, Papier, Keramik. 1990 erfolgte die Wahl zum Landesbezirksleiter für NRW und 1996 die Wahl in den geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft. Der SPD gehört Werner Bischoff seit 1966 und dem Landtag seit 1995 an, wo er sich mit Fragen des Umweltschutzes u.a. als Mitglied des Ausschusses für Umweltschutz der Raumordnung beschäftigt. Im Rat der Stadt Monheim ist er Fraktionsvorsitzender der SPD.

★

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, begeht am 8. November ihren 50. Geburtstag. Die Bonnerin studierte nach dem Abitur 1966 in Bonn, Köln und an der TH Aachen und legte die Magi-

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Dreiecksburg auf einem Bergsporn

Die dreitürmige im Stil der Weserrenaissance auf einem Bergsporn hoch über dem Almetal erbaute Wewelsburg ist in dieser Gestalt seit Anfang des 17. Jahrhunderts das Wahrzeichen des Bürener Landes. Im 13. Jahrhundert erstmals als Bauwerk erwähnt, war diese einzige Dreiecksburg Deutschlands, errichtet auf frühgeschichtlichen Fundamenten, über Jahrhunderte im Besitz der Paderborner Kirche. Von 1603 bis 1609 ließ Fürstbischof Dietrich von Fürstenberg die Wewelsburg in ihrer heutigen Gestalt als spitzwinkliges, fast gleichschenkeliges Dreieck nach der vorgegebenen Gestalt des Geländes errichten. Im 18. Jahrhundert hatte die Burg kaum noch Bedeutung als zweite Residenz der Paderborner Fürstbischöfe neben Schloß Neuhaus. Als Preußen 1802 das Fürstbistum in Besitz nahm, war die Wewelsburg bereits halb verfallen. 1925 erhielt der Kreis Büren die Eigentumsrechte. Es bildete sich ein Verein zur Erhaltung der Wewelsburg, aber ab 1930 als Folge der Weltwirtschaftskrise mehrten sich die kritischen Stimmen, die forderten, von weiterem Aufwand für die Wewelsburg abzusehen. Ab 1932 wurde zeitweilig eine Abteilung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in die Burg verlegt. Bereits ein Jahr später bemächtigte sich das Dritte Reich des historischen Bauwerks. Bei der ersten Besichtigung am 3. November 1933 entschied sich Heinrich Himmler spontan für die Wewelsburg als künftige „Reichsführer-Schule SS“. Er wollte sie zur repräsentativen und ideologischen Zentrale und damit auch zur pseudoreligiösen Kultstätte des SS-Ordens ausgestalten. Nach 1945 im neuen Land Nordrhein-Westfalen ging der Wewelsburg-Komplex zunächst an den Kreis Büren und später an dessen Rechtsnachfolger, den Kreis Paderborn. Heute beherbergt das imposante Bauwerk neben einer Jugendherberge das „Historische Museum des Hochstifts Paderborn“. Alle zwei Jahre steht die Wewelsburg im Mittelpunkt eines großen Musik- und Tanzfestivals: die internationale Jugendfestwoche, zu der sich Folkloregruppen aus ganz Europa einfinden, um mit gemeinsamem Musizieren und Tanzen einen lebendigen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten.

Foto: Touristikzentrale Paderborner Land

sterprüfung als Historikerin ab. 1970 trat sie der CDU bei. Von 1978 bis 1981 war sie Abteilungsleiterin der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Einst Landesvorsitzende der Jungen Union Rheinland, ist sie seit 1986 Mitglied des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen. Von 1975 bis 1990 gehörte sie auch dem Rat der Stadt Bonn an. Frau Hieronymi ist Mitglied des Rundfunkrates des WDR. Auf der Rundfunk- und Medienpolitik liegt auch einer der Schwerpunkte ihrer Arbeit. Sie ist Sprecherin ihrer Fraktion

im Hauptausschuß des Landtags, dem sie seit 1985 angehört. Ruth Hieronymi ist verheiratet und hat zwei Kinder.

★

**Antonius Rösenberg** (CDU), Landtagsabgeordneter, ist von den Delegierten des CDU-Kreisparteitages mit einem Stimmenanteil von 97 Prozent erneut zum Kreisvorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Höxter gewählt worden. Rösenberg, der dieses Amt fast 25 Jahre innehat, erhielt 262 von 270 Stimmen.